

**Lehrheft zur Geschichte
der österreichischen
Arbeiterbewegung**

I. Bis zum ersten Weltkrieg

Wien 1952

**Franz
Strobl**

Franz Strobl
Lehrheft zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung
I. Bis zum ersten Weltkrieg

Stern-Verlag Wien 1952

I. österreichische Arbeiterbewegung vor Hainfeld

Die Periode der ersten Regungen des Proletariats

Die österreichische Arbeiterbewegung hat sich verhältnismäßig spät entwickelt. Diese späte Entwicklung ist eine Folge der wirtschaftlichen und politischen Rückständigkeit Österreichs. Erst in den Zwanzigerjahren des 19. Jahrhunderts, als in Westeuropa bereits seit langem eine entwickelte Industrie bestand und das industrielle Bürgertum schon unumschränkt herrschte, setzte auch in dem feudalen, agrarischen Österreich eine zögernde Industrialisierung ein, die unter den drückenden Verhältnissen des Metternich-Regimes jedoch nur langsam und schleppend vorwärtskam.

Zum erstenmal traten die österreichischen Arbeiter während der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 als geschichtlicher Faktor in Erscheinung. In den Märztagen entfesselten sie in den Vorstädten den Sturm gegen die Maschinen, von denen ihr Elend herzukommen schien. Sie erkannten noch nicht, daß nicht die modernen Produktionsmittel, sondern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ihre katastrophale Lage verursachten. Als Ende August Karl Marx für kurze Zeit ins revolutionäre Wien kam und hier in einigen Vorträgen die Arbeiter über ihre Rolle in der bürgerlichen Revolution aufzuklären versuchte, wurde er nicht verstanden. Die Arbeiterschaft war noch nicht zum Klassenbewußtsein gekommen. Dennoch zeigte sich auch schon 1848 die große revolutionäre Kraft, die in der Arbeiterschaft schlummerte. In allen entscheidenden Kämpfen der Revolution gaben ihr Opfermut, ihre Tapferkeit und Treue zur Revolution den Ausschlag.

Nur eine kleine, fortgeschrittene Gruppe von Arbeitern erkannte 1848 die Notwendigkeit, sich zu organisieren. Im Juni 1848 kam es zur Gründung des „Allgemeinen Arbeitervereins“ durch den Schustergesellen Friedrich Sander. Diese erste Organisation des österreichischen Proletariats war im wesentlichen ein [6:] Geselligkeits- und Bildungsverein der sich verschiedene gewerkschaftliche, soziale und kulturell Aufgaben stellte und es zu einigen hundert Mitgliedern, meist Handwerksburschen und Gesellen, brachte.

Die Niederschlagung der Revolution machte diesem ersten Ansatz einer selbständigen Organisation des österreichischen Proletariats ein Ende. Unter der brutalen Herrschaft der siegreichen Konterrevolution verschwanden in Österreich die Ansätze einer Arbeiterbewegung für nahezu zwei Jahrzehnte.

Die ersten Bewegungen des österreichischen Proletariats

Der Aufschwung in den Sechzigerjahren

Erst Mitte der 60er Jahre endete die Periode der ersten schwachen Regungen des österreichischen Proletariats und es begann die Periode seiner ersten Bewegungen dieser entscheidende Fortschritt in der Entwicklung des österreichischen Proletariats war mit einer bedeutsamen Veränderung der innen und außenpolitischen Situation Österreichs verbunden.

1859 und 1866 hatte Österreich die Kriege gegen Italien und gegen Preußen verloren. Der Grund für diese schwere Niederlagen war offensichtlich die industrielle und damit auch militärische Rückständigkeit Österreichs. Die akute Gefahr, weitere solche Niederlagen zu erleiden, dazu die bedrohliche innenpolitische Entwicklung, vor allem die wachsenden nationalen Schwierigkeiten und die chronische Finanzkrise erzwangen vom Habsburgerregime eine Entscheidung: entweder der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen des Landes größeren Raum zu geben oder unterzugehen. So entschloß sich das Habsburgerregime Mitte der Sechzigerjahre zu einer Reihe vorsichtiger liberaler Reformen, darunter vor allem zur Gewährung einer Verfassung, welche die Einrichtung eines indirekt gewählten Reichsrates mit vier Kurien (Wahlkörperschaften) vorsah. Gleichzeitig wurde 1867 der sogenannte Ausgleich mit Ungarn beschlossen, ein faules Kompromiß, das bei Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der deutschen sprechenden Österreicher in der Monarchie auch den ungarischen Feudaladel zu einer teilweisen Mitherrschaft heranzog, um die nationale Unterdrückung der Slawen desto besser zu gewährleisten. Schließlich kam es 1867 auch zur Gewährung eines verlausulierten Vereins- und Versammlungsgesetzes das die Gründung und politisch ob Vereine oder gewissen Voraussetzungen gestattete.

Die Arbeiterbildungsvereine

Unter diesen Verhältnissen konnte 1867 nach einem kurzen Kampf um die Bewilligung seiner Statuten der „Wiener Arbeiterbildungsverein“ ins Leben treten, dessen Gründung die Zeit der ersten österreichischen Arbeiterbewegung einleitet.

Der „Wiener Arbeiterbildungsverein“, dem [7:] bald ähnliche Gründungen in den wichtigsten Industriegebieten der Monarchie folgten, stellte sich zunächst keine direkte politischen Aufgaben – das war auch verboten –, sondern versprach, den Arbeitern Bildung und Wissen zu vermitteln, um ihre Lage zu verbessern. Es war aber unvermeidlich, daß die Arbeiterbildungsvereine schon kurze Zeit nach ihrer Gründung in den politischen Kampf hineingerissen wurden und die Vorträge und Versammlungen der Vereine sich bald vorwiegend mit sozialen, gewerkschaftlichen und allgemein demokratischen Fragen beschäftigen. Sofort setzte der Widerstand der Staatsgewalt ein, Vereine wurden wegen gewerkschaftlicher und politischer Betätigung aufgelöst, die ersten Arbeiterblätter, die Ende der Sechzigerjahre erschienen, konfisziert und zensuriert, die Gelder der sich halblegal bildenden Streikkassen, die mit den Arbeiterbildungsvereinen eng verbunden waren, vom Staat beschlagnahmt usw. **Damit begann der Kampf der jungen Arbeiterorganisation für die gewerkschaftlichen und demokratischen Grundrechte, für uneingeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, für das Recht zu streiken und zu demonstrieren.**

Der Kampf um diese Rechte war die Grundaufgabe, vor der die damalige Arbeiterbewegung stand, und hat große historische Bedeutung.

Schon zwei Jahre nach Gründung des ersten Arbeiterbildungsvereins führte dieser Kampf zur ersten großen Massendemonstration der österreichischen Arbeiter (13. Dezember 1869). Anlässlich der Eröffnung des Reichsrates versammelten sich 20.000 Arbeiter vor dem damaligen Parlament, um in einer glänzend vorbereiteten Demonstration die Verwirklichung ihrer Forderung (vor allem das Koalitionsrecht, d. h. das Recht zu streiken und Gewerkschaften zu gründen) durchzusetzen. Die Demonstration hatte Erfolg. Schon am nächsten Tag wurde dem Parlament der Entwurf für ein Koalitions-gesetz vorgelegt. Unmittelbar darauf veranlaßte die Regierung aber auch die Verhaftung der wichtigsten Führer der Demonstration und verurteilte sie ihn „Wiener Hochverratsprozeß“ 1870 zu mehrjährigen Kerkerstrafen.

Die nächsten Jahre brachten eine Reihe erfolgreicher Streikbewegungen, wertvolle Organisationsarbeit und eine im großen und ganzen erfolgreichen Kleinkrieg gegen die reaktionäre Staatsgewalt, die mit Verboten, Maßregelung und Polizeischikanen die junge Arbeiterbewegung ersticken wollte.

[8:]

Der Lassalleanismus

Einflüsse der I. Internationale

In den Zielsetzungen und Programmen der ersten Arbeiterorganisationen, in der „Volksstimme“, ihrem ersten Organ, und in den Reden ihrer Führer zeigte sich, daß die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen in den sozial entwickelteren Ländern einen großen Einfluß auf die österreichische Arbeiterbewegung hatte. Insbesondere beeinflusste auch die seit 1864 bestehende I. Internationale die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung. Es galt in Österreich einige Dutzend Mitglieder der I. Internationale. Dort und da tauchten auch Forderungen und Parolen der I. Internationale auf. Der Marxismus aber war selbst den fortgeschrittensten Arbeiterfunktionären in Österreich noch unbekannt.

Die ideologische Strömung, die sich schon in den ersten Monaten des Bestehens der Arbeiterbildungsvereine durchsetzte und unter dem Namen „sozialdemokratisch“ auftrat, war der Lassalleanismus. Da Deutschland damals wirtschaftlich und politisch höher entwickelt war als Österreich, spielten in der jungen österreichischen Arbeiterbewegung zunächst eine Reihe aus Deutschland eingewanderter Handwerker und Intellektueller eine wesentliche Rolle, die den Lassalleanismus nach Österreich brachten, Hermann Hartung, Heinrich Oberwinder und andere Führer der ersten Arbeiterbildungsvereine waren Deutsche, Hartung und Oberwinder sogar persönliche Bekannte Lassalles und

begeisterte Anhänger seiner Lehren. Auch Andreas Scheu, die hervorragendste Erscheinung der damaligen Arbeiterbewegung, der sich später dem Marxismus näherte, blieb zeit seines Lebens ein Verehrer Lassalles.

Das Wesen des Lassalleanismus

Der Lassalleanismus forderte unter anderem bürgerlich-demokratische Reformen (Vereins- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit, Abschaffung aller feudalen Privilegien, Einführung des allgemeinen Wahlrechtes usw.), deren Erkämpfung für die junge Arbeiterbewegung von großer Bedeutung war. In seiner Gesamtheit war der Lassalleanismus jedoch, trotz Übernahme gewisser aus dem Zusammenhang gerissener Bruchstücke des Marxismus, diesem feindlich.

Der wichtigste Bestandteil der Lehren Lassalles war die Vorstellung, der Staat sei ein über den Klassen stehendes Organ, das die Aufgabe eines unparteiischen Richters und Vermittlers im Widerstreit der Klassen auszuüben habe. Auf diese von kleinbürgerlichem Untertanenglauben an den Staat getragene Vorstellung stützte sich die Hoffnung der Lassalleaner, mit Hilfe von Produktivgenossenschaften, die der Staat finanzieren [9:] sollte, allmählich friedlich in den Sozialismus hineinzuwachsen. Die Lassalleaner dachten, wie Marx spottete, daß „man mir Staatsanleihen ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn“. Diese lassalleanistische Verkennung des Klassencharakters des Staates, die Theorie vom friedlichen Hinüberwachsen in den Sozialismus und die falsche Einschätzung der Rolle der Genossenschaften im Kapitalismus hat in der österreichischen Arbeiterbewegung viel Schaden gestiftet. Ähnlich wie eine Reihe anderer Theorien Lassalles (das Schlagwort, daß gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen und Schichten einschließlich der Bauern „eine reaktionäre Masse“ bilden, die Arbeiterklasse also auf alle Bundesgenossen verzichten müsse; die Theorie von „ehernen Lohngesetz“, der hinter Phrasen von Völkerverbrüderung“ versteckte deutsche Nationalismus usw.), haben diese antimarxistischen Auffassungen die Verbreitung der revolutionären, marxistischen Erkenntnis in Österreich erschwert und um die Jahrhundertwende eine wichtige Brücke für den Opportunismus gebildet.

Der Rückschlag von 1873 und die Herausbildung der Strömungen der Gemäßigten und der Radikalen

Gegen Mitte der Siebzigerjahre erlitt die österreichische Arbeiterbewegung einen schweren Rückschlag. Die Gründe dafür liegen unter anderem in der Veränderung der internationalen Situation. 1871 wurde die heldenhafte Pariser Kommune, der erste Staat der Diktatur des Proletariats, im Blut von der vereinigten internationalen Konterrevolution erstickt. Durch erste große Kraftprobe des Proletariats erschreckt, verbündete sich die europäische Reaktion, Bourgeoisie und Feudaladel, zu einem blutigen Ausrottungsfeldzug gegen die internationale Arbeiterbewegung.

Die Krise von 1873

Zugleich trat in Österreich eine schwere wirtschaftliche Katastrophe ein. Nach einer Periode glänzender Konjunktur und kühnster Spekulation kam es 1873 zum großen Bankenkraich und damit zum Ausbruch einer schweren kapitalistischen Wirtschaftskrise in der Monarchie. Innerhalb kurzer Zeit sank die Beschäftigungszahl in den größten Industriebetrieben der Monarchie auf weniger als 50 Prozent.

Für die österreichische Arbeiterbewegung begann damit eine Periode verschärfter Klassenkämpfe, der die junge unmarxistische Bewegung nicht gewachsen war. Viele Arbeiterorganisationen brach zusammen, der Massen der verelendeten Arbeiter bemächtigte sich Unglauben an die eigene Kraft, Mutlosigkeit und Verzweiflung. Während die Zahl der organisierten Arbeiter anständig zurückging, kam es zur Ausbildung zweier sich bekämpfender Strömungen.

[10:]

Die „Gemäßigten“

Unter der Führung Oberwinders, der schließlich als bezahlter Agent der österreichischen Polizei und einiger Industrieller endete, bildete sich die Gruppe der „Gemäßigten“ heraus, Sie lehnten jeden revolutionären Kampf prinzipiell ab. Nur mit Hilfe legaler gesetzlicher Mittel, auf Grund der

„Überzeugung“ der herrschenden Klassen von der Notwendigkeit gewisser Reformen wollten sie diese durchsetzen. Neben einigen ehrlichen Demokraten sammelten sich bei den Gemäßigten die verschiedensten bürgerlichen Demagogen und Quacksalber und die ganze Strömung geriet in immer offenere Abhängigkeit von der liberalen Bourgeoisie.

Die „Radikalen“

Auf der anderen Seite entstand die Strömung der „Radikalen“, der die große Mehrheit aller organisierten Arbeiter angehörte. Ihr Führer war zunächst Andreas Scheu, der sich große Verdienste um die Bewegung erwarb und zeitweise mit dem Marxismus sympathisierte, später jedoch Österreich verließ. Unter dem Druck der Krise und des Polizeiterrors entartete die radikale Strömung bald zu Sektierertum und Anarchismus, wobei der Anfang der Achtzigerjahre in Österreich auftauchende Anarchist Peukert (später als Polizeispitzel entlarvt) eine führende Rolle spielte. Die Anhänger Peukerts propagierten die „Propaganda der Tat“, d. h. den individuellen Terror. Sie meinten, daß der Arbeiter um so revolutionärer sei, je schlechter es ihm gehe und setzten ihre Hoffnungen daher nicht auf die Kraft des Proletariats, auf seinen zielklaren, organisierten Kampf gegen die Verelendung, sondern auf die Verelendung des Proletariats selbst. Dieser Anschauung folgend, lehnten sie alle Reformen einschließlich des allgemeinen Wahlrechtes als „Ventile“ für den Volkszorn, als Mittel zur Verlängerung der Klassenherrschaft grundsätzlich ab. Wenn die Verelendung und damit die Verbitterung des Proletariats genügend groß sei, meinten sie, dann bedürfe es bloß des kleinen Funkens eines anarchistischen Terroraktes, um die Explosion auszulösen. Im übrigen dachten sie, die Arbeiter würden im entscheidenden Moment schon von selbst wissen, was zu tun sei, und die Revolution würde sich spontan und automatisch vollziehen, so daß eine revolutionäre Kampfpartei des Proletariats, die in den Massen wurzelt und sie in den Kampf führt, unnötig sei.

Beide Strömungen waren dem Marxismus feindlich, beide befanden sich im Schlepptau bürgerlicher Ideologie und widerspiegelten den Unglauben an die Kraft der Arbeiterschaft. Ähnliche Strömungen traten in der Frühzeit der Arbeiterbewegung fast jedes Landes auf. (Siehe „Volkskämpfer“ und „Ökonomen“ in Rußland.)

Der Polizeiterror gegen die Arbeiter

In den Achtzigerjahren begann die österreichische Regierung nach dem Vorbild der preußischen eine Politik der direkten Provokationen gegen die Arbeiterschaft, inspirierte durch ihre in die anarchistischen Gruppen eingeschmuggelten Polizeiagenten eine Reihe anarchistischer Terrorakte (Brandstiftungen, Raubüberfälle, Attentate usw.) und benützte diese zu einem brutalen Polizeifeldzug gegen alle Arbeiterorganisationen. Im Jänner 1884 wurde nach einigen anarchistischen Terrorakten der Belagerungszustand über die wichtigsten Industriegebiete der Monarchie verhängt, kurze Zeit darauf folgte die Einführung der Ausnahmegerichte und die Annahme eines Anarchi-[11:]stengesetzes nach dem Vorbild von Bismarcks Sozialistengesetz in Deutschland. Unter dem Druck dieses reaktionären Terrors kam die Arbeiterbewegung in Österreich Mitte der Achtzigerjahre fast völlig zum Stillstand.

II. Die Periode von Hainfeld – Geburt der modernen österreichischen Arbeiterbewegung

Der Weg nach Hainfeld

Die Periode des neuen Aufstiegs der österreichischen Arbeiterbewegung, die Mitte der Achtzigerjahre begann, ist untrennbar mit dem Namen Victor Adlers verbunden. Victor Adler war in den Achtzigerjahren mit den wichtigsten marxistischen Schriften bekannt geworden und hatte sich, weitgehend durch seine persönliche Bekanntschaft mit Friedrich Engels gefördert, mit dem ihn eine herzliche Freundschaft bis an dessen Lebensende verband, zum Standpunkt eines überzeugten, wenn auch nicht immer konsequenten Marxisten durchgerungen. Unter dem unmittelbaren Einfluß von Friedrich Engels stellte sich Victor Adler ein historisches Ziel: Aus den ohnmächtigen Gruppen der Radikalen und Gemäßigten eine einheitliche, sozialdemokratische Partei auf revolutionärer, marxistischer Basis zu schaffen und damit die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung in Österreich herzustellen.

Victor Adler erkannte richtig, daß die politische und organisatorische Einigung der Arbeiterbewegung, die ihm als Ziel vorschwebte, nicht einfach dekretiert werden, nicht über Nacht entstehen konnte, sondern daß sie eine jahrelange, unermüdliche und vielfältige Kleinarbeit erforderte.

Der Kampf um die Aktionseinheit

Die Einheit der Arbeiterbewegung konnte nur über den Weg gemeinsamer Kampfaktionen gegen die reaktionäre Regierung herbeigeführt werden. In den gemeinsamen Kämpfen gegen das Anarchistengesetz und den Polizeiterror, für die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterschaft, lernten die Arbeiter die Notwendigkeit und die Macht der Arbeitereinheit verstehen und ihr Glauben an die gemeinsame Kraft wuchs. Eine große Hilfe in diesem Kampf leistete die von Victor Adler 1886 gegründete und [12:] von ihm meisterhaft redigierte Wochenzeitung „Gleichheit“, die immer mehr die Rolle eines kollektiven Organisators der Einigungsbewegung und der gemeinsamen Kampfaktionen übernahm und ein festes organisatorisches Zentrum bildete, um das die Partei wachsen konnte.

Der Kampf um die ideologische Einheit

Doch der gemeinsame Kampf um die Erfüllung der Tagesinteressen der Arbeiter und die organisatorische Arbeit allein konnten zur Schaffung einer dauerhaften Kampfeinheit und zur Erfüllung der vor der Arbeiterbewegung stehenden Aufgaben nicht genügen. Die in den Kämpfen um Tagesfragen erzielte Einheit mußte auf die Stufe einer festen politischen und ideologischen Einheit gehoben, auf eine marxistische Basis gestellt werden. Schon in den Siebzigerjahren hatte es in der österreichischen Arbeiterbewegung verschiedene Einigungsversuche, Einigungsresolutionen und sogar Einigungsparteitage gegeben (zum Beispiel der von Tauschinsky organisierte Einigungskongreß in Neudörfel), aber all diesen Resolutionen und Kongressen war keine wirklich dauerhafte Einheit der Arbeiterbewegung gefolgt, weil ihnen eine klare wissenschaftliche Basis fehlte, weil sie nicht auf der Grundlage des Marxismus standen. **Um eine wirkliche politische Einheit der Arbeiterbewegung zu schmieden, mußte die Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus verbunden werden.**

Auch diese unumgängliche Voraussetzung für die Schaffung einer festen politischen Einheit der Arbeiterbewegung hat Victor Adler erkannt und in einer ausdauernden politischen Erziehungs- und Aufklärungsarbeit, in zahllosen Referaten, Artikeln, Versammlungen und Diskussionen die österreichischen Arbeiter mit den Lehren des Marxismus bekannt gemacht.

Die historische Bedeutung des Hainfelder Parteitags

Das historische Werk Victor Adlers fand auf dem Hainfelder Parteitag um die Jahreswende 1888/89 seine Krönung. „In Hainfeld wurde zum Abschluß gebracht, was in hundertfältiger Mühsal von Jahren erarbeitet worden war“, schrieb Victor Adler später. **Der Hainfelder Parteitag, von allen Nationen der Monarchie beschickt und überall begeistert begrüßt, schuf aus den ohnmächtigen Gruppen, die bisher bestanden hatten, eine einheitliche und geschlossene Sozialdemokratische Partei und stellte die Verbindung der österreichischen Arbeiterbewegung mit dem Marxismus her.**

Damit war eine historische Aufgabe erfüllt und ein entscheidender Fortschritt der österreichischen Arbeiterbewegung errungen. **Der Hainfelder Parteitag ist daher das bedeutsamste Ereignis in der Geschichte der jungen österreichischen Arbeiterbewegung.** Mit ihm beginnt die eigentliche Geschichte der modernen Arbeiter-[13:]bewegung in unserem Land. Ähnlich wie Bebel in Deutschland, Plechanow in Rußland, Guesde in Frankreich, hat sich Victor Adler in Österreich mit der Vorbereitung und Durchführung des Hainfelder Parteitags ein bleibendes Verdienst erworben.

Victor Adlers großes Verdienst um die österreichische Arbeiterbewegung in der Periode von Hainfeld wurde weitgehend durch seine enge Freundschaft mit Friedrich Engels ermöglicht, der sich in den letzten Jahren seines Lebens oft mit der österreichischen Arbeiterbewegung beschäftigte und großen Einfluß auf Victor Adler ausübte. Wie der intensive Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Victor Adler beweist, der eine wichtige Dokumentensammlung zur Geschichte der jungen österreichischen Arbeiterbewegung darstellt, ist Friedrich Engels, wo er nur konnte, Victor Adler mit

Rat und Tat zur Seite gestanden und hat über diesen der österreichischen Arbeiterbewegung eine unschätzbare politische Hilfe gegeben.

Die Hainfelder Prinzipienklärung

Dreizehn Jahre vor Hainfeld hatte es auch in der deutschen Arbeiterbewegung einen Einigungsparteitag gegeben. 1875 vereinigten sich in Gotha die Lassalleaner und Eisenacher* zu einer gemeinsamen sozialdemokratischen Partei. Marx und Engels haben diese Gothaer Einigung aufs schärfste kritisiert, weil es sich um eine prinzipienlose Einigung handelte, um eine Einigung, die eben wegen ihrer Prinzipienlosigkeit den Keim der Spaltung von Anfang an in sich trug.

Grundsätzlich anders schätzte Friedrich Engels dagegen den Hainfelder Einigungsparteitag ein. Engels begrüßte diesen Parteitag als die entscheidende Wendung in der Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung, weil die von ihm geschaffene Einheit auf der Basis des Marxismus stand.

Die Hainfelder Prinzipienklärung stützt sich im wesentlichen auf das „Kommunistische Manifest“. Sie ist nicht nur eines der wichtigsten Dokumente der österreichischen, sondern war zu ihrer Zeit auch eines der besten Programme der internationalen Arbeiterbewegung. Die einzelnen Teile des Programms [14:] gaben auf die wichtigsten vor der damaligen jungen Arbeiterbewegung stehenden Fragen Antwort und kennzeichneten die Hauptaufgaben und das Ziel der jungen Arbeiterbewegung.

1. Standpunkt des historischen Materialismus

1. Das Hainfelder Programm geht von der marxistischen Erkenntnis aus, daß die Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats aus den ökonomischen Verhältnissen, aus den Besitzverhältnissen, die in der Gesellschaft herrschen, entspringen. Es kennzeichnet den Staat als Werkzeug der Klassenherrschaft des Kapitals. Im Programm wird die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der „Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes“ gefordert, wofür die notwendigen Voraussetzungen schon herangereift seien, und schließlich wird festgestellt, daß der Träger des Kampfs für den Sozialismus „nur das klassenbewußte und als politische Partei organisierte Proletariat zeigen kann“.

2. Die Rolle des Bewußtseins und die Aufgaben der Partei

2. Der Kernsatz des Hainfelder Programms formuliert die entscheidenden Aufgaben, die vor der jungen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei standen und deren Erfüllung einer historisch Notwendigkeit entsprach:

„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seine Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich.“

Ein anderer Satz des Programms lautet:

„Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie die Ausnützung der Arbeiter zugunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.“

Damit waren die entscheidenden Aufgaben der jungen Partei eindeutig formuliert: Die politische Organisation des Proletariats, das heißt die Stärkung und Festigung der Partei, die konsequente Erziehung des Proletariats zur revolutionärem Klassenbewußtsein und marxistischer Klarheit über seine Aufgaben und seine Rolle, die Festigung und Vertiefung der Verbindung der Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus.

* Eisenacher nannten sich die Anhänger der von Bebel und Liebknecht geführten, im wesentlichen marxistischen Organisationen der jungen deutschen Arbeiterbewegung.

3. Bedeutung und Grenzen des Kampfes um Reformen

Das Hainfelder Programm bezieht auch in den Fragen des Kampfes um wirtschaftliche und politische Reformen, die wichtige Gegenwartsaufgaben der jungen Arbeiterbewegung bildeten, insbesondere in der Frage des Kampfes für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, eine marxistische Positionen. Das Pro-[15:]gramm hatte hier eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: Es mußte sich einerseits von den pseudorevolutionären und schädlichen Auffassungen der Anarchisten abgrenzen, die alle Reformen ablehnten und damit die Arbeiterbewegung daran hinderten, ihre Gegenwartsaufgaben zu erfüllen. Ihnen gegenüber betont das Hainfelder Programm richtig die Wichtigkeit wirtschaftlicher und politischer Reformen und insbesondere des allgemeinen Wahlrechts „als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation“ des Proletariats.

Der Parlamentarismus – Form der kapitalistischen Klassenherrschaft

Andererseits musste sich das Programm entschieden von den gemäßigten Sozialreformen und bürgerlichen Versöhnungsaposteln distanzieren, die der Arbeiterbewegung weismachen wollten, daß sich ihre Aufgaben im Kampf um Reformen erschöpften, daß man auf Grund schrittweise Reformen die Lage der Arbeiterschaft grundsätzlich verändern und langsam in den Sozialismus hineinwachsen könne. Ihnen gegenüber betont das Hainfelder Programm die Grenzen der Reformtätigkeit. Selbst eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutzgesetzgebung, heißt es im Programm, wird innerhalb der kapitalistischen Ordnung „das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die wachsende Verelendung“ nur „einigermaßen heben“ können. Und in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht warnt das Programm ausdrücklich davor, sich „über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen“.

Mängel des Programms

Das Hainfelder Programm war nicht frei von Fehlern und Mängeln. Es übergang zum Beispiel die gerade für Österreich überaus wichtige nationale Frage mit einem allgemeinen Bekenntnis zum Internationalismus. Es trug in seiner völligen Vernachlässigung der Bundesgenossen des Proletariats, vor allem der Bauern, noch Spuren des Lassalleanismus. Auch die Frage der Kampfmittel, die das Proletariat anwenden sollte, war nicht klar gestellt und an Stelle einer eindeutigen Formulierung die dehnbare Adlersche Formel von der Anwendung „aller zweckdienlichen und im natürlichen Rechtsbewußtsein entsprechenden Mittel“ gesetzt worden.

Alles in allem waren jedoch die Schwächen des Hainfelder Programms zunächst von untergeordneter Bedeutung und änderten nichts an seinem Wert als einem im wesentlichen marxistischen Programm.

Nicht nur Friedrich Engels, sondern auch Lenin und Stalin¹ haben ihren in ihren Schriften vor der ersten russischen Revolution die Bedeutung des Hainfelder Programms anerkannt.

[16:]

Der Aufschwung der österreichischen Arbeiterbewegung nach Hainfeld

Unmittelbar nach Hainfeld, auf der Basis seines marxistischen Programms, begann die glänzendste Periode in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Innerhalb weniger Jahre wuchs eine sozialdemokratische Massenbewegung heran, entfaltete sich die Initiative, das Klassenbewußtsein und die revolutionäre Energie des Proletariats zu einer Höhe, die die Bewunderung der internationalen Arbeiterbewegung erweckte.

Das organisatorische Wachstum der Partei

Zwei Jahre nach Hainfeld hatte sich die Zahl der sozialdemokratischen Organisationen bereits verdoppelt, die Mitgliederzahl war von etwa 15.000 auf rund 50.000 gestiegen. Einen schnellen Aufschwung nahm auch die Nachfolgerin der „Gleichheit“ Victor Adlers, die „Arbeiter-Zeitung“, die 1895 mit direkter politischer und materieller Hilfe von Friedrich Engels in eine Tageszeitung umgewandelt

¹ Hier wird die Rolle Stalins überbetont.

werden konnte. Schon auf dem zweiten Parteitag der Sozialdemokratie, 1891, hatte die Auflage der sozialdemokratischen Presse die sechsfache Höhe von 1888/89 erreicht.

Der Erste Österreichische Gewerkschaftskongreß 1893

Nicht minder schnell als die Partei entwickelte sich die Gewerkschaftsbewegung. Schon zu Beginn der Neunzigerjahre kam es zur Gründung zahlreicher lokaler Gewerkschaftsorganisationen. Auf den verschiedenen von ihnen organisierten „Fachtagen“ wurde immer entschiedener die Schaffung einer die gesamte Monarchie umfassenden, einheitlichen Gewerkschaftsorganisation verlangt. Im Oktober 1892 gelang es, in Wien eine gesamtösterreichische Gewerkschaftskommission zu bilden, die mehr als 130 Gewerkschaftsvereine in allen Teilen der Monarchie mit fast 35.000 organisierten Arbeitern zusammenfaßte. Ein Jahr später, im Dezember 1893, folgte in Wien das bedeutendste Ereignis der Geschichte der jungen Gewerkschaftsbewegung: der Erste Österreichische Gewerkschaftskongreß, der bereits rund 200 gewerkschaftliche Organisationen vertrat und den entscheidenden Schritt der Entwicklung von den gewerkschaftlichen Lokalvereinen zum gesamtösterreichischen Gewerkschaftsbund machte.

Die Streikbewegung

Der Aufschwung der österreichischen Arbeiterbewegung nach Hainfeld fand auch in einer Reihe großer Streikkämpfe seinen Ausdruck, die sich insbesondere in den böhmisch-mährischen Industriegebieten mehrmals bis zu blutigen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt steigerten. Schon wenige Monate nach Hainfeld, zu Ostern 1889, begann in Wien ein Generalstreik der Tramwaykutscher, der von der jungen Sozialdemokratischen Partei und vor [17:] allem von der „Gleichheit“ ausgezeichnet organisiert worden war. Im Herbst 1889 errangen die Wiener Drechslergehilfen in einem durch öffentliche Sammlungen unterstützten Massenstreik allgemeine Lohnerhöhungen von 18 bis 25 Prozent. Wenige Monate später, im April 1890, setzte der Streikkampf von 30.000 Wiener Mauern für höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung ein, dem im Februar 1891 ein Ausstand von 12.000 Wiener Schustergehilfen folgte. Im Jänner 1892 kam es zum Streikkampf der Krainer und steirischen Bergarbeiter usw. usf.

Fast in allen diesen Kämpfen, die sich durch die Neunzigerjahre zogen und im Jahr 1900 einen Höhepunkt erreichten, kam es zu mehr oder weniger offenem Eingreifen der Staatsgewalt. Trotzdem schnitten die kämpfenden Arbeiter im allgemeinen gut ab, trotz vieler Opfer schöpften sie aus diesen Kämpfen wichtige Erfahrungen, lernten sie den Klassencharakter des Staates erkennen, wuchs ihr Klassenbewußtsein und ihre revolutionäre Energie, Wenn Engels 1893 in einem Brief an Victor Adler das revolutionäre Temperament der österreichischen Arbeiter lobte, so hatte er vor allem diese ersten großen Kämpfe des österreichischen Proletariats im Auge.

Der 1. Mai 1890

Eines der großartigsten Ereignisse in der Geschichte der aufstrebenden jungen Sozialdemokratie war die Feier des 1. Mai 1890 in Österreich. Nicht ganz ein Jahr zuvor hatte der Gründungskongreß der II. Internationale in Paris beschlossen, alljährlich den 1. Mai als internationalen Kampf- und Festtag des Proletariats durch einen Generalstreik und durch Massenkundgebungen für die Forderungen der Arbeiter (insbesondere den Achtstundentag) zu begehen. Für die junge Arbeiterbewegung war das eine große und schwierige Aufgabe, der die sozialdemokratischen Parteien vieler europäischer Länder auswichen, indem sie bloß Abendkundgebungen organisierten oder den 1. Mai durch den ersten Sonntag im Mai ersetzten, Die österreichische Sozialdemokratie jedoch nahm den Beschluß der II. Internationale ernst. Schon mit dem Beginn des Jahres 1890 setzte eine breite Vorbereitungs- und Agitationstätigkeit für den Generalstreik am 1. Mai 1890 ein, zahllose Versammlungen wurden veranstaltet, hunderttausende Flugblätter verteilt und eine umfangreiche Pressekampagne organisiert. Welche Aufregung diese Vorbereitungsarbeit im reaktionären Lager auslöste, zeigt sich in der Tatsache, daß der österreichische Ministerrat unter persönlichem Vorsitz des Kaisers in mehreren Sitzungen erregt über die Frage verhandelte, ob man die 1.-Mai-Bewegung im Blut ertränken sollte oder nicht.

Am 1. Mai fanden in Wien mehr als 60 sozialdemokratische Versammlungen statt, die bis zu 3000 Besucher aufwiesen. Von allen Versammlungen wurden unter dem Jubel der Arbeiter Resolutionen angenommen, die

die Einführung des Achtstundentags und andere sozialpolitische Rechte verlangten, Am Nachmittag demonstrierten weit über 100.000 Wiener Arbeiter im Prater.

Der 1. Mai 1890 wurde zu einem der großartigsten Erfolge der jungen Sozialdemokratie in Österreich. Zu einem ähnlichen Erfolg gestalteten sich die Maikundgebungen der folgenden Jahre, bei [18:] dienen das österreichische Proletariat an der Spitze der Mai Bewegung in Europa stand.

Deutlich widerspiegelt sich diese ehrenvolle Rolle der jungen österreichischen Sozialdemokratie in der internationalen Bewegung in den Briefen Friedrich Engels am Viktor Adler:

„Freund und Feind sind sich einig darüber schrieb Friedrich Engels über 1. Mai 1890 das auf dem ganzen Festland Österreich und in Österreich Wien den Festtag des Proletariats am Glänzendsten und Ludwigshafen begangen und die österreichische voran die Wiener Arbeiterschaft sich damit eine ganz andere Stellung in der Bewegung erobert hat.“

Und ich schrieb Friedrich Engels für die österreichische Maifestschrift die Sätze:

„Von 1890 ein Abend die österreichischen Arbeiter ihren Brüdern in allen anderen Ländern Jahr für Jahr gezeigt, was eine richtige Maifeier im Sinne des Proletariats ist. Nirgendwo hat man es ihnen gleichmachen oder nur nachmachen können.“

Das Fallen der Ausnahme Gesetze

Ein entscheidender Erfolg der Massenbewegung des österreichischen Proletariats war das Fallen der Ausnahmeverfügungen und des Anarchisten Gesetzes im Jahre 1891 unter dem Druck des kämpfenden Proletariats wagt die Regierung nicht diese Gesetze zu verlängern.

Der Beginn des Wahlrechtskampfes

Schließlich fand der Aufschwung der österreichischen Arbeiterbewegung in der Hainfelder Periode auch in der machtvollen Entwicklung des Kampfes für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht seinen Ausdruck. Schon am 1. Mai 1890 war diese wichtigste Gegenwartsforderung der jungen Arbeiterbewegung erhoben worden und seither steigert sich die Wahlrechtsbewegung von Monat zu Monat, bis sie schließlich im Sommer 1893 ihren ersten großen Höhepunkt erreichte.

Im April 1893 war ist der belgischen Arbeiterschaft nach zweijährigen harten Wahlrechtskämpfen durch einen wuchtigen Massenstreik gelungen, das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen. Diese Nachricht feuerte die österreichische Arbeiterschaft zu immer stürmischeren und mächtigeren Demonstrationen und Versammlungen an. Immer energischer erhob sich unter den Arbeitern der Ruf: „Wir müssen belgisch reden! Vorwärts zum Generalstreik!“ Begeistert sangen die Arbeiter bei ihren Versammlungen und Demonstrationen die Strophe des Wahlrechtsliedes von Scheu, in der es hieß:

Man holt das Recht sich von Gasse,
das hat uns Belgien gezeigt!
Solang mißachtet man die Masse,
als sie nicht auf die Straße steigt!“

[19:] Im Sommer 1893 schrieb Victor Adler seine Broschüre „Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Österreich“, in der er die Schamlosigkeit des Kurienwahlrechts kennzeichnete, das mehr als zwei Drittel des Volkes vom Wahlrecht völlig ausschloß und jedem Großgrundbesitzer eine Stimme gab, die die Stimme von 1000 wahlberechtigten Städtern oder 3000 wahlberechtigten Bauern aufwog.

Friedrich Engels in Wien

Bei einer der Großversammlungen, die im Herbst des Jahres 1893 stattfanden – am 9. September, als sich 50.000 Wiener vor dem Rathaus versammelten –, war auch der greise Friedrich Engels anwesend, dessen Besuch in Wien den Schwung und die Begeisterung der Wahlrechtsbewegung noch erhöhte. Als schließlich der Anfang Oktober 1893 stattfindende Parteitag der Sozialdemokratie auf stürmisches Verlangen der Delegierten die Frage des politischen Massenstreiks auf die Tagesordnung stellte, mußte die Regierung ihr erstes Zugeständnis im Wahlrechtskampf machen: am 10. Oktober

1893 brachte Ministerpräsident Taaffe einen Gesetzentwurf für die Verwirklichung eines fast allgemeinen Wahlrechts bei Weiterbestehen der Kurien ein. Obwohl dieser Entwurf später verworfen wurde, war sein Zustandekommen allein schon ein sichtbarer Erfolg des kämpfenden Proletariats.

Engels über die österreichische Arbeiterbewegung

„Soviel ist sicher“, schreibt Friedrich Engels im November 1895 an Victor Adler, „Österreich steht jetzt voran in der politischen Bewegung Europas, und wir anderen hinken nach.“

Und in einem Brief vom 17. Juli 1894 sagt Engels den österreichischen Arbeitern:

„Ihr steht in einer aufsteigenden politischen Bewegung ... Ihr seid in der Offensive, und zwar in einer, die zunächst noch des Sieges gewiß ist, Dagegen in Frankreich, Deutschland, Italien stehen unsere Leute in einer nicht einmal immer hoffnungsvollen Defensive ... Ihr reift an, erobert Schritt für Schritt Terrain, jeder errungene und besetzte Bodenabschnitt stärkt nicht nur eure Stellung, sondern führt euch Massen neuer Verstärkung zu ... Schon jetzt hat die Tatsache, daß es in Österreich eine Wahlreform irgendeiner Art geben wird, das bedrohte allgemeine Stimmrecht in Deutschland sichergestellt. Ihr habt also in diesem Moment eine sehr bedeutende Mission. Ihr sollt die Avantgarde des europäischen Proletariats bilden, die allgemeine Offensive einleiten.“

Die Kraft des Marxismus

Der mächtige Aufschwung und die großen Erfolge der österreichischen Arbeiterbewegung nach Hainfeld waren ein Beweis für die historische Bedeutung der Verbindung der Arbeiterbewegung mit dem Marxismus. Sie waren nur auf dem Boden des Marxismus möglich, der die ohnmächtige, zersplitterte Arbeiterbewegung in wenigen Jahren in eine starke gesellschaftliche Kraft verwandelte.

[20:] Die Periode von Hainfeld bis Mitte der Neunzigerjahre bildet einen Abschnitt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, auf den das österreichische Proletariat stolz sein kann. Mit Recht errang die österreichische Arbeiterbewegung damals internationale Bewunderung. Jahrzehnte später, als die sozialdemokratische Führung längst den Weg des reformistischen Verfalls gegangen war, lebte sie noch von dem großen Ansehen, das sie sich in den Neunzigerjahren errungen hatte, von der Liebe und dem Vertrauen, das die Massen damals zur Partei und zu ihren Führern gewonnen hatten.

Die Periode des Aufschwungs und der Blüte der österreichischen Sozialdemokratie endete, als Ende der Neunzigerjahre – wenige Jahre nach dem Tod Friedrich Engels – der Reformismus in ihrer Führung um sich zu greifen begann. So wie der Marxismus die Basis des mächtigen Aufschwungs der österreichischen Arbeiterbewegung nach Hainfeld war, so war der Reformismus, der Verzicht auf Marxismus, die ideologische Basis des Niedergangs der österreichischen Sozialdemokratie nach der Jahrhundertwende. Der Reformismus hinderte die österreichische Arbeiterbewegung daran, die gewaltige Aufgabe zu erfüllen, die ihr 1894 von Friedrich Engels gestellt worden war.

III. Der Beginn der Epoche des Imperialismus

Die Entwicklung zum Imperialismus in Österreich

Wie in allen europäischen Ländern gingen um die Jahrhundertwende auch in Österreich tiefgreifende Veränderungen in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft vor sich. Die Produktion vervielfachte sich in innerhalb eines Jahrzehnts, rasch wuchsen Produktivität, der Rohstoff- und Energieverbrauch usw., die Zahl der Arbeiter nahm zu und eine Reihe neuer Großbetriebe entstand. Allein in den der Wirtschaftskrise von 1901 bis 1903 folgenden sieben Jahren erhöhte sich die Zahl der in der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeiter um 52 Prozent, in einigen anderen Industriezweigen noch mehr. Der Roheisenverbrauch stieg innerhalb dieser Jahre um nahezu 80 Prozent, ähnlich der Verbrauch an anderen Rohstoffen.

[21:] Hand in Hand mit dem industriellen Aufschwung ging eine rasche Konzentration der Produktion vor sich. Die Wirtschaftskrise von 1901 bis 1903 hatte diese Zusammenballung des Kapitals in die Hände weniger einflußreicher Kapitalisten und Kapitalgruppen noch stark beschleunigt.

So zum Beispiel kaufte die Alpine Montan neben Dutzenden Kleinbetrieben innerhalb von zwei Jahrzehnten die Eisenwerke von Reichraming, Heft, Hüttenberg, Prävali, Eibiswald, Gußwerk und Pichling auf und konzentrierte damit einen entscheidenden Teil der österreichischen Eisenindustrie in ihre Hände.

Die Monopole

Immer mehr wurde auch in Österreich das Monopol zur typischen Erscheinung. Selbst nach sehr unvollständigen Angaben bestanden schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Österreich mindestens 52 verschiedene Kartelle. 1911 sprach ein österreichischer Parlamentsausschuß von 67 Kartellen, die entscheidende Teile der Wirtschaft des Landes kontrollierten und gigantische Profite einsteckten. In all diesen Kartellen hatte eine Handvoll von Großbanken maßgebenden Einfluß, die sich nach der Jahrhundertwende ihrerseits im österreichischen Bankenverband zu einem Superkartell zusammenschlossen.

Schließlich begann auch der Kapitalexpert mit der Jahrhundertwende eine immer größere Rolle zu spielen. Das Schwergewicht lag hier vor allem auf dem Kapitalexpert in die Balkanländer, denen gegenüber der Habsburgerstaat eine immer aggressivere und räuberischere Außenpolitik betrieb, die später den ersten imperialistischen Weltkrieg auslöste.

Das Ende der „friedlichen“ Entwicklungsperiode

All das zusammengenommen: das schnelle Wachstum und die fortschreitende Konzentration der Produktion, die Verdrängung der „freien Konkurrenz“ durch das Monopol, der wachsende Einfluß der Banken und die Herausbildung einer dünnen Schicht den Staat und die Wirtschaft beherrschender Finanzkapitalisten, die Verschärfung der nationalen Unterdrückung innerhalb der Monarchie und der Beginn einer teils mit den Mitteln des Kapitalexperts, teils unmittelbar auf militärische Gewalt gestützten aggressiven Außenpolitik – all das bedeutete, daß auch in Österreich der Kapitalismus in sein höchstes und letztes Stadium, das Stadium des Imperialismus übergegangen war. Damit endete die relativ „friedliche“ und ruhige Entwicklungsperiode des Kapitalismus, die das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet hatte, und es begann ein Zeitalter von schweren Krisen [22:] und Kriegen, eine Periode tiefgreifender revolutionärer Erschütterungen, wie sie die Arbeiterbewegung vorher nicht gekannt hatte.

Die Verschärfung des Klassenkampfes um die Jahrhundertwende

Verschärfung des Unternehmererrors

Der Übergang des Kapitalismus zum Imperialismus bedeutete eine unmittelbare Verschärfung des Klassenkampfes. Die Industriellenverbände, die um die Jahrhundertwende entstanden und in denen die Kartellherren und Bankiers den Ton angaben, begannen gelbe Gewerkschaften und Streikbrechergruppen zu organisieren und zu finanzieren. Sie führten umfangreiche Aussperrungen durch, um die Streikfonds der Gewerkschaften zu erschöpfen und die Arbeiter auszuhungern, sie setzten „Schwarze Listen“ in Umlauf, um „verdächtige“ und „widerspenstige“ Arbeiter und Arbeiterfunktionäre durch jahrelange Arbeitslosigkeit mürbe zu machen, und verstärkten ihre Versuche, mittels kleinbürgerlicher und nationalistischer Parteien und Organisationen, deren Führung von den großen Monopolisten kontrolliert wurde (Christlichsoziale Partei, Deutschnationale usw.), die Arbeiterbewegung zu spalten und zu desorganisieren,

Die Teuerung

Der Übergang des Kapitalismus zum Imperialismus drückt sich auch in einem sprunghaften Ansteigen der Ausbeutung der Arbeiter um die Jahrhundertwende aus. Das Monopol zieht unmittelbar die Teuerung nach sich und die beiden Jahrzehnte von der Mitte der Neunzigerjahre bis zum Beginn des ersten Weltkriegs sind dementsprechend von einer immer rascher fortschreitenden, schnell bedrohliche Formen annehmenden allgemeinen Teuerung gekennzeichnet, die umfangreiche Massenbewegungen der Arbeiterschaft auslöste, welche schließlich in den großen Teuerungsdemonstrationen des Jahres 1911 gipfelten. Aber auch schon um die Jahrhundertwende selbst gab

es eine Reihe bedeutender Streikbewegungen, in denen die Arbeiterschaft durch die Forderung nach höheren Löhnen und verkürzter Arbeitszeit gegen die Folgen der fortschreitenden Teuerung und gegen die verschärfte Ausbeutung ankämpfte.

Mit welcher bewundernswerten Ausdauer und Opferbereitschaft die Arbeiter diese Kämpfe gegen einen übermächtigen Feind führten, zeigt zum Beispiel der Generalstreik der Neunkirchner Arbeiter im Jahre 1896. Viele Dutzende Arbeiterfamilien wanderten damals, als die Unternehmer versuchten, den Streik in eine Aussperrung zu verwandeln, lieber aus, als daß sie als Streikbrecher in die Fabriken der verhaßten Kapitalisten zurückgekehrt wären.

[23:]

Das „Versicherungspatent“ von 1902

Auch der Versuch der vom Monopolkapital immer direkter gelenkten österreichischen Regierung, die Gewerkschaften mit Hilfe des sogenannten „Versicherungspatents“ unter Regierungsaufsicht zu stellen, wurde trotz der damals (1902) herrschenden Wirtschaftskrise in einer mächtigen Protestbewegung abgewehrt.

Alle diese Kämpfe, die im Jahre 1900 ihren Höhepunkt erreichten, bilden ruhmvolle Seiten in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und zeigen die große Kampfkraft des österreichischen Proletariats.

Die Schlußfolgerungen für die Arbeiterbewegung

Der neuen Etappe der ökonomischen Entwicklung entsprach auch eine neue Etappe im Klassenkampf. Die Periode des Kräftesammelns, der Vorbereitung, der Vorhutgefechte mit dem Kapital war nun für die Arbeiterbewegung zu Ende. Es begann die Periode, wo das Proletariat von Vorpostengefechten mit dem Kapital zum Sturmangriff übergehen mußte, wo international der Sturz des Kapitalismus auf die Tagesordnung gestellt wurde.

„Die Epoche des Imperialismus ist die des reifen und überreifen Kapitalismus, der vor dem Zusammenbruch steht, reif ist, dem Sozialismus Platz zu machen“, schrieb Lenin* und an anderer Stelle: **„Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats.“****

Neue Situation – neue Aufgaben

Damit aber traten Fragen und Probleme vor die Arbeiterbewegung, die früher entweder nur von zweit-rangiger Bedeutung oder überhaupt unbekannt gewesen waren. Diese Fragen, auf die sich nun das Schwergewicht konzentrierte und von deren Beantwortung nun alles abhing, waren die Frage der Bundesgenossen des Proletariats, insbesondere die Bauernfrage, die Fragen der sich schnell entfaltenden nationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten slawischen Nationen und vor allem die Frage des Kampfes gegen den sich immer drohender ankündigenden ersten imperialistischen Weltkrieg. Nur die konsequente marxistische Stellungnahme zu diesen grundlegenden Problemen, nur ihre im Geiste des schöpferischen Marxismus erfolgte Lösung konnte die Arbeiterschaft auf die ihr bevorstehenden revolutionären Aufgaben vorbereiten und sie für die kommenden revolutionären Ereignisse wappnen.

[24:]

Die Notwendigkeit einer Partei neuen Typus

Gleichzeitig der zeigte sich, daß den neuen Aufgaben, die nun vor der Arbeiterbewegung standen, auch deren alte Kampf- und Organisationsformen nicht mehr genügten. Im 19. Jahrhundert, als es noch keinen Monopolkapitalismus gab und sich der Kapitalismus in mehr oder minder ungestörter Aufwärtsentwicklung befand, als das Schwergewicht der Tätigkeit des Proletariats beim Kampf um verschiedene soziale und politische Reformen, bei Wahlschlachten und bei der parlamentarischen Tätigkeit lag, mochte eine so lockere, lose Kampforganisation, wie die alte Sozialdemokratie es war, den Anforderungen des Klassenkampfes genügen. In der Periode des Imperialismus

* „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale.“

** „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.“

jedoch, in der Epoche schwerer revolutionärer Erschütterungen, wo der Sturz des Kapitalismus unmittelbar auf die Tagesordnung trat, brauchte das Proletariat aber eine ungleich straffere, diszipliniertere, zielklarere Partei, die der zusammengeballten Macht des Kapitals die zusammengeballte Macht des Proletariats gegenüberstellen konnte. Nur so eine Partei, eine Partei von neuem Typus, wie sie Lenin nannte, konnte im Imperialismus ihre Aufgabe erfüllen und das Proletariat zum Sturz der Ausbeuterherrschaft vorwärtsführen.

Unter den zahlreichen Parteien der II. Internationale waren es nur die Bolschewiki, die imstande waren, den Marxismus für die Zeit des Imperialismus weiterzuentwickeln und die revolutionären politischen und organisatorischen Schlußfolgerungen aus der neuen Situation zu ziehen. Die österreichische Sozialdemokratie scheiterte an dieser Aufgabe.

IV. Der Opportunismus

Arbeiteraristokratie und Opportunismus

Der Opportunismus, die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung, hat verschiedene Quellen. Eine dieser Quellen liegt im beständigen Einwirken der bürgerlichen Ideologie, der im Kapitalismus herrschenden Ideologie, durch Presse, Schule, Literatur usw. auf die Arbeiter sowie im ununterbrochenen Einstürmen bürgerlicher Elemente ins Proletariat, die unausgesetzt bürgerliche Vorstellungen in die Arbeiterbewegung hineinbringen.

[25:]

Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie

Zu diesen permanenten Quellen des Opportunismus, die solange nicht zu fließen aufhören werden, als der Kapitalismus besteht, kommt im Imperialismus jedoch eine weitaus bedeutendere Ursache für die Entwicklung des Opportunismus hinzu. Wenn es in der vorimperialistischen Zeit möglich war, einzelne Arbeiterfunktionäre und Arbeiter zu bestechen und als Agenten innerhalb der Arbeiterbewegung anzuwerben, so eröffneten die unerhörten Überprofite, die sich in den Händen weniger Monopolisten zusammenballen – vor allem aber die gewaltigen Extraprofite, die aus der im Imperialismus riesige Ausmaße annehmenden Ausbeutung fremder Nationen fließen –, die Möglichkeit einer breiten Korruption zahlmäßig nicht unbedeutender Schichten des Proletariats. Indem die Monopolisten der „Herrennationen“ einen Teil ihrer Profite dazu verwenden, diesen proletarischen Schichten der imperialistischen Länder verschiedene Privilegien auf politischem und sozialem Gebiet einzuräumen, gelingt es ihnen, sie aus der Klassensolidarität mit den nichtprivilegierten Arbeitern und insbesondere mit den Arbeitern der unterdrückten Nationen zu lösen und an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung zu interessieren. In den wichtigsten imperialistischen Ländern entsteht damit Hand in Hand mit der Entwicklung des Imperialismus eine mehr oder minder breite Schicht einer „Arbeiteraristokratie“, die mit den kapitalistischen Ausbeutern immer offener gemeinsame Sache macht und zum Träger der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung wird. Gleichzeitig entwickelte sich im Apparat der in die Breite wachsenden sozialdemokratischen Partei eine Schicht der „Arbeiterbürokratie“, die von den herrschenden Klassen durch vielfache Privilegien korrumpiert und verbürgerlicht wurde.

In seinem Buch „Auf der Suche nach dem Millennium“ hat der Rechtssozialist und heutige Sekretär der rechtssozialistischen „Internationale“, Julius Braunthal, über diese Verbürgerlichung des sozialdemokratischen Parteiapparats nach der Jahrhundertwende offen geschrieben:

„Die Bewegung hatte Millionenfonds der mannigfachen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen angesammelt; sie war Eigentümerin riesiger Zeitungs- und Verlagskonzerne und großer Druckereien; sie besaß zahllose Verwaltungs- und Versammlungsgebäude; sie war vielfach verstrickt mit Baugenossenschaften, mit Konsum- und Produktivgenossenschaften. Ein riesiger Stab von Sekretären, Angestellten, Arbeitern und Beamten war erforderlich, um die weitverzweigte Arbeiterbewegung zu betreuen und ihre Unternehmen zu verwalten ... Damit wuchs aber auch eine politische und gewerkschaftliche Oberschicht des riesigen bürokratischen Körpers: die Zahl der Parlamentsmitglieder, der Mitglieder der Landes- und Distriktsvertretungen, der Gemeindeverwaltungen in den Städten, der gewerkschaftlichen Spitzensekretäre. So entwickelte sich gleichzeitig mit der Bewegung notwendigerweise ein Apparat der Bewegung – ein Körper, der seinen eigenen [26:] Gesetzen

(!) gehorcht, vor allem dem Gesetz der Selbsterhaltung (!). Der Apparat erzeugt unmerklich, aus einem natürlichen Erhaltungs- und Ausdehnungstrieb heraus, eine irgendwie konservativ-opportunistische Geisteshaltung. Die Sorge um die Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeit des Apparats beeinflusst politische Entscheidungen.“

Diese fortschreitende „Verselbständigung“ des Apparats und die Unterordnung der Klasseninteressen des Proletariats unter die Sonderinteressen des „Apparats“, d. h. der „Arbeiterbürokratie“, hätte nur verhindert werden können, wenn in der Sozialdemokratie ein straffer demokratischer Zentralismus, eine beständige Kontrolle von unten nach oben und von oben nach unten, eine breit entfaltete Kritik und Selbstkritik, eine ernste revolutionäre Schulung der Mitglieder und proletarische Wachsamkeit bestanden hätten.

Der Opportunismus

Die Ideologie der „Arbeiteraristokratie“ und der „Arbeiterbürokratie“ ist der Opportunismus in allen seinen Formen. Sie brauchen den Sozialismus nicht mehr, da sie durch Privilegien korrumpiert sind: sie predigen darum die Dauerhaftigkeit und allmähliche „Gesundung“ des Kapitalismus und raten den Arbeitern, sich im Kapitalismus „häuslich einzurichten“. Die Opportunisten brauchen die Revolution nicht, die ihre Privilegien und Posten gefährden würde: sie ersetzen den revolutionären Kampf daher durch den Reformismus, der den Arbeitern verspricht, sie würden schrittweise und ohne alle revolutionäre Erschütterungen in eine Ordnung sozialer Gerechtigkeit hineinwachsen. Die Opportunisten brauchen nicht den Marxismus, die Wissenschaft von der proletarischen Revolution und von der Errichtung der Diktatur des Proletariats, die ihre Existenzgrundlagen untergräbt und ihren Verrat an der Arbeiterbewegung entlarvt: sie ersetzen den Marxismus daher durch den „Revisionismus“, der den Marxismus durch verschiedene „Revisionen“ seines revolutionären Inhalts berauben, verwässern und verfälschen will. Die Opportunisten können den proletarischen Internationalismus nicht brauchen. Er verletzt ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der nationalen und kolonialen Ausbeutung, schmälert den Anteil, der von dieser Ausbeutung für sie abfällt, und gefährdet ihre Privilegien: sie setzen an Stelle des proletarischen Internationalismus daher den bürgerlichen Nationalismus, die chauvinistische Überheblichkeit gegenüber den Angehörigen der unterdrückten Nationen. Die Opportunisten betrachten schließlich jede Massenbewegung des Proletariats mit Angst und Sorge. Der Klassenkampf des Proletariats stört ihre parlamentarischen Packeleien mit der Bourgeoisie, trübt ihr Verhältnis [27:] zu den herrschenden Klassen und führt die Massen auf den Weg der Revolution: sie setzen der Lehre vom Klassenkampf daher die „Theorie“ der Klassenversöhnung und des „Burgfriedens“ mit der Bourgeoisie, die Ideologie der Koalition und der „Schicksalsgemeinschaft“ mit dem Kapital entgegen.

„Das Wesentliche am Opportunismus ist der Gedanke der Zusammenarbeit der Klassen“, sagt Lenin*.

Drei Strömungen in der II. Internationale

Schon in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre tauchten in den größten kapitalistischen Ländern Europas starke opportunistische Strömungen auf (Bernstein in Deutschland, Millerand in Frankreich usw.). Ihr Auftreten und ihre Verbreitung in den Führungen der Parteien der II. Internationale brachte die Spaltung in die Arbeiterbewegung. Immer deutlicher ging der Riß mitten durch die sozialdemokratischen Parteien: hier die revolutionierten, vorwärtsdrängenden Massen, dort die opportunistischen, mehr und mehr mit der Bourgeoisie verwachsenden Führer.

Mit der Jahrhundertwende bildeten sich in den wichtigsten Parteien der II. Internationale zwei Hauptströmungen heraus: die der Opportunisten (Revisionisten, Reformisten, Nationalisten usw.) und die der sogenannten „Orthodoxen“, die sich ihrerseits jedoch im Maß der Verschärfung der Auseinandersetzungen in zwei Strömungen verzweigten: in die Strömung der „Linken“, in der sich die besten, für die Arbeiterbewegung wertvollsten Kräfte zusammenfanden, und in die Strömung der „Zentristen“, die nach außen hin in der Mitte (im Zentrum) zwischen Opportunisten (Rechten) und

* „Der Zusammenbruch der II. Internationale.“

Linken standen, in der Praxis jedoch einen verschämten, hinter versöhnlerischen Phrasen versteckten und mit scheinradikalen Redensarten aufgeputzten Opportunismus verfochten.

Der Nährboden des Opportunismus in Österreich

Die Privilegierung der deutschsprachigen Österreicher

Den wichtigsten Nährboden für die Entwicklung des Opportunismus in Österreich bildete die Unterdrückung und Ausbeutung der slawischen Nationen durch die deutschsprachige Minderheit. Die deutschsprechenden Arbeiter waren in der Monarchie den slawischen Arbeitern gegenüber in vieler Hinsicht im Vorteil, waren wirtschaftlich und politisch privilegiert und fanden in ihren Kämpfen günstigere und leichtere Bedingungen vor als ihre [28:] slawischen Klassengenossen. In den deutschsprachigen Gebieten entfaltete sich das wirtschaftliche Leben, die Industrie florierte. In Wien strömten die gewaltigen Profite zusammen, die aus den slawischen Völkern gepreßt wurden, zahllose Bauten wuchsen aus dem Boden (Ringstraße!) und das Proletariat hatte es verhältnismäßig leicht, Reformen durchzusetzen und seine Lage zu verbessern. Die deutschsprechenden Arbeiter erhielten durchschnittlich höhere Löhne als ihre slawischen Klassengenossen, das Preisniveau war in ihren Siedlungsgebieten dagegen niedriger als in den slawischen Gebieten. Die deutschsprechenden Arbeiter lebten unter besseren sozialen, kulturellen, beruflichen, hygienischen Verhältnissen, als Angehörige der herrschenden Nation hatten sie ungleich bessere Aufstiegsmöglichkeiten und Berufsaussichten als die Slawen. Auch die Staatsgewalt wurde in den slawischen Gebieten mit ungleich größerer Brutalität eingesetzt als in den deutschsprachigen Gebieten, so daß zum Beispiel die tschechische Arbeiterbewegung ein Vielfaches an Blutopfern gegenüber der deutschsprachigen Arbeiterbewegung zu tragen hatte.

Nationalismus in der Arbeiterbewegung

Die Vorteile und Privilegien der deutschsprechenden Arbeiterschaft schwächten die internationale Solidarität zwischen deutschsprechenden und slawischen Arbeitern, sie nährten einerseits die nationalistische Überheblichkeit der Deutschsprachigen gegenüber den „rückständigen“ und verelendeten Slawen und schürten andererseits einen chauvinistischen Haß vieler Slawen gegenüber allen Deutschsprechenden, die ihnen noch dazu meist in Person von Unternehmern, Beamten usw. gegenübertraten. Die zahlreichen slawischen Arbeiter (meist Tschechen), die nach Wien und Niederösterreich strömten, da sie sich hier etwas bessere Lebensverhältnisse und Arbeitsmöglichkeiten erhofften, bildeten hier die untersten Schichten des Proletariats und wurden von den „bodenständigen“ Arbeitern oft als unliebsame Konkurrenz betrachtet und mit überheblicher Geringschätzung behandelt.

Immer mehr griffen daher in der Führung der österreichischen Sozialdemokratie, die fast ausschließlich in Händen der deutschsprechenden Arbeiterschaft (als der Arbeiterschaft des industriell entwickeltesten Gebietes der Monarchie) lag, nationalistische großdeutsche und antislawische Tendenzen um sich, es entwickelten sich mehr oder weniger offene „Theorien“ von der „Überlegenheit“ der Deutschsprechenden, von ihrem „Führungsanspruch“ und ihrer „Mission“ gegenüber den „kulturlosen, rückständigen Slawen“. Immer offener lehnten die nationalistischen [29:] Führer der Sozialdemokratie damit auch den Marxismus ab und entarteten zu bürgerlichen Agenten innerhalb der Arbeiterbewegung.

Der „Austromarxismus“

Obwohl der österreichische Opportunismus dieselben materiellen Wurzeln und denselben klassenmäßigen Inhalt hat wie der Opportunismus anderswo, haben ihm die besonderen Verhältnisse, unter denen er sich in Österreich entwickelte, eine ganz bestimmte, eigentümliche Form gegeben.

Der revolutionäre Druck der Massen

In Österreich bestand, wie die großen Massenbewegungen von Hainfeld bis zu den Teuerungsdemonstrationen von 1911 beweisen, ein verhältnismäßig starker revolutionärer Druck der Massen auf die sozialdemokratische Parteiführung. Das revolutionäre Temperament, das Friedrich

Engels an der österreichischen Arbeiterbewegung bewundert hatte, äußerte sich in der Stärke radikaler Traditionen. Die Massen, die in der Hainfelder Periode selbst erlebt hatten, welche unerhörte Kraft der Marxismus der Arbeiterbewegung verliehen hatte, glaubten und vertrauten der revolutionären Theorie, wobei dieser Glaube an den Marxismus allerdings weniger auf die wissenschaftliche Einsicht, sondern vor allem auf ein gesundes proletarisches Gefühl gestützt war. Gleichzeitig herrschte in Österreich eine jahrzehntelange, sich mehr und mehr verschärfende politische Krise, die in der Fäulnis des Kurienparlaments, in einer widerlichen Politik des Fortwurstelns und einer alles durchdringenden Korruptionswirtschaft zum Ausdruck kam. Vor dem Auge jedes halbwegs denkenden Menschen vollzog sich der Prozeß der Fäulnis und des Zerfalls der Monarchie und jeder einzelne Bürger hatte das Gefühl, daß es so nicht mehr lange weitergehen konnte.

Unter diesen Verhältnissen war es sehr schwer, den Marxismus offen zu verwerfen, Was gestern die Arbeiterbewegung aus der Ohnmacht gerettet und einem beispiellosen Aufschwung entgegengeführt hatte, konnte heute nicht plötzlich „veraltet“, „überholt“ und falsch sein. Die starken revolutionären Traditionen der Massen machten es schwer, dem revolutionären Kampf offen abzuschwören und das „friedliche Hinüberwachsen in den Sozialismus“ so unverhüllt wie in manchen anderen Ländern zu propagieren. Unter den Verhältnissen der bei lebendigem Leib verfaulenden Monarchie konnte man nicht leicht von der allmählichen „Gesundung“ des Kapitalismus erzählen. Angesichts eines zu all seiner Ohnmacht [30:] noch auf Jahre hinaus durch eine mit Kindertrommeln und Pfeiferln arbeitende Obstruktion lahmgelegten Kurienparlaments war es schwer, eine offene Politik des parlamentarischen Kretinismus zu befürworten und die Massen darauf zu vertrösten, sie mögen warten, bis dieses elende Parlament ihre Wünsche und Forderungen erfüllen werde.

Die „linke“ Tarnung des Opportunismus

So entwickelte sich in Österreich ein eigenartiger Opportunismus. Mehr als in allen anderen Ländern brauchte der österreichische Opportunismus – trotz der günstigen Entwicklungsbedingungen, die er im allgemeinen fand – den Deckmantel scheinradikaler Phrasen, pseudorevolutionärer Manöver und einer „linken“ Demagogie, die jeden reformistischen Betrug und jedes faule Kompromiß mit einem Schwall scheinrevolutionärer Reden zudeckte.

In ihren Reden und Artikeln standen die österreichischen Opportunisten oft so weit „links“, als man sich überhaupt vorstellen konnte, in ihren Versamlungsreden spielten nicht selten die Gaskandelaber, auf die man die Minister hängen werde, eine große Rolle, dutzendmal erzählten die opportunistischen Parlamentsabgeordneten ihren Wählern, sie würden alles darum geben, wenn sie statt auf der Parlamentstribüne auf den Barrikaden stehen könnten, und nur mit äußerster Überwindung gelinge es ihnen, das Parlament überhaupt zu betreten. Die österreichischen Opportunisten wurden nicht müde, Marx zu loben und ihn in den Himmel zu heben, ja, sie gebärdeten sich sogar als ganz besondere Marxisten. („Austromarxisten“), die dazu berufen seien, an der Spitze des internationalen Marxismus zu marschieren. Aber bei all ihren feurigen Bekenntnissen zum Marxismus geschah es, daß sie ihm unbemerkt seine revolutionäre Seele nahmen, ihn verwässerten, verfälschten und verflachten und damit in ein für die Bourgeoisie ungefährliches Götzenbild verwandelten. Statt den Marxismus als Anleitung zum Handeln, zur revolutionären Tat zu gebrauchen, wurde er in den Händen der Austromarxisten zu einer Anleitung des Nichthandelns, zu einem System, mit dessen Hilfe man jederzeit „beweisen“ konnte, warum im gegebenen Augenblick die revolutionärste Tat die Untätigkeit sei.

Dieser besonders demagogische, hinterhältige Opportunismus, der sich im „Austromarxismus“ zu einem eigenen opportunistischen System entwickelte und in den opportunistischen Kreisen der II. Internationale hohes Ansehen genoß, war eben wegen seiner Wendigkeit, Geschicklichkeit und Demagogie überaus gefährlich.

„Der offene Opportunismus, der die Arbeitermassen sofort abstößt“, sagt Lenin, „ist lange nicht so gefährlich und so schädlich wie diese Theorie der [31:] goldenen Mitte, die mit marxistischen Worten die opportunistische Praxis rechtfertigen und mit einer Reihe von Sophismen das Unzeitgemäße der revolutionären Aktionen usw. nachweisen will.“ („Der Zusammenbruch der II. Internationale“)

Die besondere Demagogie des österreichischen Opportunismus kommt in hunderten Beispielen der Geschichte der Sozialdemokratie nach der Jahrhundertwende zum Ausdruck, sie hat die Herausbildung einer marxistischen Opposition gegen den Opportunismus nach der Jahrhundertwende und die Entwicklung der Kommunistischen Partei nach dem ersten Weltkrieg ungemein erschwert.

V. Sozialdemokratie und nationale Frage

Die nationale Frage in Österreich-Ungarn

Während in den großen kapitalistischen Staaten im Westen Europas die Bildung von Nationen zeitlich mit der Bildung von zentralisierten Staaten zusammenfiel und sich damit national einheitliche Staaten entwickelten, vollzog sich die Bildung eines zentralisierten österreichischen Staates schon lange vor der Liquidierung des Feudalismus und der Herausbildung der Nationen. So entstand hier ein buntscheckiger Nationalitätenstaat, in dem eine deutschsprachige Minderheit, die infolge ihrer höheren wirtschaftlichen Entwicklung auch die politische Macht im Staat ausübte, einer Mehrheit von fast einem Dutzend meist slawischen Nationalitäten, gegenüberstand. Da die deutschsprachigen Österreicher mit kaum 10 Millionen Angehörigen weniger als ein Fünftel der insgesamt rund 50 Millionen Einwohner der Monarchie bildeten, konnten ihre nationale Vorherrschaft nur mit Hilfe einer komplizierten der Politik des „Teile und herrsche“, der Unterdrückung der einen Nation mit Hilfe der anderen, aufrechterhalten. Diesem Zweck diente u. a. der „Ausgleich“ mit Ungarn 1867 und der Versuch eines ähnlichen „Ausgleichs“ mit der feudalen Reaktion in Polen. Aber alle diese Maßnahmen konnten die nationalen Gegensätze innerhalb der Monarchie nicht beseitigen, sondern verschärften sie, indem sie diese zu einer offiziellen, gesetzlichen Einrichtung erhoben. Mit der Entwicklung des Kapitalismus auch bei den wirtschaftlich zurückgebliebenen Nationen mußten die nationalen Gegensätze immer größere Dimensionen annehmen.

[32:] Noch wichtiger als der österreichisch-ungarische und österreichisch-polnische war der österreichisch-tschechische Gegensatz. Die tschechischen Gebiete waren neben den deutschsprachigen Gebieten die industriell entwickeltsten Teile der Monarchie, es existierte ein relativ starkes tschechisches Bürgertum, das immer energischer gegen die Schranken der nationalen Vorherrschaft der Deutschsprechenden ankämpfte. Die nationale Frage wurde damit in Österreich, wie Stalin feststellte, „die Achse des, politischen Lebens, eine Existenzfrage“ der Monarchie*.

Die nationale Frage und das Proletariat |

Doch die nationale Frage war in Österreich ebensowenig wie anderswo ausschließlich eine Frage der Bourgeoisie, sondern unmittelbar mit der sozialen Frage verknüpft. Das Proletariat konnte dieser entscheidenden Frage nicht gleichgültig gegenüberstehen. Erstens lastete die nationale Unterdrückung mit ihrem ganzen Gewicht auf dem slawischen Proletariat, hemmte es in seiner Entwicklung und zwang es unter das Joch einer doppelten Unterdrückung.

Folgen der nationalen Diskriminierung

Die nationale Diskriminierung brachte zweitens für die Arbeiterbewegung große Gefahren mit sich:

„Sie lenkt“, schreibt Stalin, „die Aufmerksamkeit breiter Schichten von den sozialen Fragen, von den Fragen des Klassenkampfes auf nationale Fragen, ‚gemeinsame‘ Fragen des Proletariats und der Bourgeoisie. Dies aber schafft einen günstigen Boden für die verlogene Predigt einer ‚Interessenharmonie‘, für die Vertuschung der Klasseninteressen des Proletariats, für die geistige Knechtung der Arbeiter.“ („Marxismus und nationale Frage.“)

Im konkreten Fall bestand die große Gefahr der nationalen Korruption wichtiger Teile der deutschsprechenden Arbeiterschaft und der chauvinistischen Verhetzung der tschechischen und anderen slawischen Arbeiter.

* „Marxismus und nationale Frage.“

Drittens war die nationale Frage für die Arbeiterbewegung deshalb von entscheidender Bedeutung, weil in der nationalen Befreiungsbewegung große revolutionäre Energien schlummerten, die man für den Sturz des Kapitalismus nutzbar machen konnte und mußte.

Damit wurde die nationale Frage nicht nur die zentrale Frage für die Monarchie im allgemeinen, sondern auch eine zentrale Frage für die österreichische Arbeiterbewegung. Seit der Jahrhundert-[33:]wende hing von der Stellungnahme zu dieser Frage auch das Schicksal der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie ab.

Die Aufgaben der Partei

Um die internationalistische Kampfeinheit des Proletariats zu sichern, die für die Arbeiterbewegung lebenswichtig ist, mußte die Partei des Proletariats alle Formen des Zwanges gegenüber den Nationalitäten bedingungslos ablehnen, den unterdrückten Nationen im Kampf um ihre nationale Freiheit und Gleichberechtigung konsequent helfen. Ausgehend von der marxistischen Erkenntnis, daß ein Volk, das andere Völker unterdrückt, selbst nicht frei sein kann, hätte die österreichische Sozialdemokratie für das volle wirtschaftliche und politische Selbstbestimmungsrecht der Nationen einschließlich ihres Rechtes auf Losrennung von der Monarchie und auf eigene staatliche Existenz (wobei Recht auf Losrennung nicht Pflicht zur Losrennung bedeutet) eintreten müssen. Die Sozialdemokratie hätte gleichzeitig sowohl das Proletariat der unterdrückten Nationen als auch der unterdrückenden Nation unbeirrbar im Geiste des proletarischen Internationalismus erziehen und schulen müssen. Schließlich hätte eine konsequente marxistische Partei die Arbeiter lehren müssen, die nationale Frage und die nationalen Kämpfe nicht als 'isoliertes, selbständiges Problem zu betrachten, sondern im Lichte des Klassenkampfes, als Teilfrage des allgemeinen Kampfes für den Sturz des Imperialismus. Nur auf Grund einer solchen Fragestellung konnte die nationalistische Vergiftung der Partei verhindert, ihre internationale Geschlossenheit erhalten werden. Nur so wäre es möglich gewesen, die nationale Befreiungsbewegung in die Bahnen des Klassenkampfes zu leiten und die gewaltige revolutionäre Kraft, die in der nationalen Bewegung verborgen war, zu einem Bundesgenossen der proletarischen Revolution zu machen.

Die Bolschewiki, die in einem Land mit ähnlichen nationalen Verhältnissen wie Österreich-Ungarn kämpften, haben unter der Führung Lenins und Stalins² diese Aufgabe gestellt und auch gelöst.

Die ersten Anzeichen der nationalistischen Entartung der österreichischen SP-Führung

Da der Nährboden des österreichischen Opportunismus in der nationalen Privilegierung der Deutschsprechenden lag, die faktisch die Führung der Sozialdemokratischen Partei innehatten, zeigte sich [34:] der Opportunismus in Österreich am frühesten und am deutlichsten in der Stellung der SP-Führung zur nationalen Frage. Schon in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre machte sich hier ein zunehmender Nationalismus bemerkbar.

Die Frage des tschechischen Gewerkschaftssekretärs

Als zum Beispiel die tschechischen Gewerkschafter auf dem Gewerkschaftskongreß im Dezember 1896 vorschlugen, daß in die fast durchwegs von Deutschsprachigen geleitete zentrale Gewerkschaftskommission auch ein tschechischer Gewerkschaftssekretär gewählt werden sollte, lehnten die österreichischen SP- und Gewerkschaftsführer schroff ab. Die Begründung dieser Ablehnung war typisch „austromarxistisch“: die tschechische Forderung sei das Hervortreten eines gewissen nationalen Gefühls‘,„ das „unserer internationalen Anschauung widerspricht“, und daher bedingungslos abzulehnen.

Die Badeni-Krawalle

Kaum ein Jahr später, in November 1897, kam der deutsche Nationalismus der österreichischen Sozialdemokratie noch stärker zum Ausdruck. Teils unter dem Druck der sich verbreiternden tschechnationalen Bewegung, teils aus demagogischen Gründen hatte der österreichische Ministerpräsident

² Hier wird die Rolle Stalins weit überschätzt (Personenkult). *KWF*

Badeni im April 1897 eine Sprachenverordnung erlassen, die die tschechische Sprache als Amtssprache bei Behörden und Gerichten anerkannte. Obwohl von reaktionärer Seite auf autoritärem Wege beschlossen, hätte die österreichische Sozialdemokratie die Gleichstellung der tschechischen Sprache mit der deutschen anerkennen und gegen den wütenden Proteststurm der deutschnationalen Bourgeoisie, der sich sofort erhoben hatte, verteidigen müssen.

Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie machte das Gegenteil. Mit dem Hinweis, die Sprachenverordnung Badenis sei auf „diktatorischem“ und „ungesetzlichem“ Wege zustande gekommen, sie verletze „deutsche Interessen“ und ihre Unterstützung könne als Unterstützung der reaktionären Badeni-Regierung durch die Sozialdemokratie aufgefaßt werden, schloß sie sich der deutschnationalen Obstruktion gegen Badeni und den chauvinistischen Straßenkrawallen, die von den Deutschnationalen organisiert wurden, an. Als Badeni danach versuchte, mit Hilfe einer Geschäftsordnungsreform die Obstruktion im Parlament zu brechen, kam es zu wüsten Raufereien zwischen deutschsprechenden, tschechischen und polnischen Parlamentsmitgliedern, an denen sich auch sozialdemokratische Abgeordnete beteiligten.

Badeni mußte schließlich zurücktreten. Mit ihm fiel auch die Sprachenverordnung. Die Erhebung der tschechischen Sprache zur [35:] Amtssprache war abgewehrt worden. Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie hatte sich an die Seite „ihrer“ nationalen Bourgeoisie und gegen die nationale Gleichberechtigung des tschechischen Volkes gestellt.

Noch im selben Jahr erhielt die Sozialdemokratie die Quittung für ihre nationalistischen Entgleisungen. Auf dem Wimberger Parteitag (1897) bildeten sich innerhalb der Partei sechs „nationale Gruppen“, die nur durch einen gemeinsamen Parteivorstand und durch den Gesamtparteitag verbunden waren. Gleichzeitig begannen sich die tschechischen Gewerkschaften national selbständig zu organisieren. Der nationale Zerfall der österreichischen Sozialdemokratie begann.

Das Brüner Nationalitätenprogramm

Der in der Führung der österreichischen Sozialdemokratie immer offener hervortretende Nationalismus fand im Nationalitätenprogramm des Brüner Parteitags 1899 seinen offiziellen programmatischen Niederschlag.

Das Brüner Nationalitätenprogramm enthält ein formales allgemeines Bekenntnis zum Internationalismus, es verurteilt „feierlich“ und jede nationale Diskriminierung und jedes nationale Vorrecht und scheint der auf dem Standpunkt des vollen Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu stehen. Hinter all diesen Redensarten verbirgt sich jedoch ein handfester bürgerlicher Nationalismus und die faktische Unterstützung und Rechtfertigung der nationalen Unterdrückung.

Die „kulturell-nationale Autonomie“

Ein allgemeines Kennzeichen des Brüner Nationalitätenprogramms ist seine Unklarheit und Verschwommenheit. Das Programm steht auf dem Standpunkt der sogenannten „kulturell-nationalen Autonomie“, aber es nennt sie nicht beim Namen. Die Rechte der nationalen Minderheiten sollen, wie das Programm verlangt, durch sich ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz „gewahrt“ werden, aber über den Inhalt dieses Gesetzes findet sich kein Wort. In vielen Fragen, die das Programm nur vorsichtig andeutet, geben erst die Reden und Schriften der führenden sozialdemokratischen Theoretiker in der nationalen Frage (insbesondere Renner) genaueren Aufschluß.

Den tatsächlichen politischen Inhalt des Brüner Die „kulturell-nationale Autonomie“ Nationalitätenprogramms kennzeichnen folgende Tatsachen:

[36:]

1. Die Unversehrtheit der Monarchie als oberstes Prinzip

1. Das Programm geht von der staatlichen Unversehrtheit des habsburgischen Völkerkerkers aus und verneint damit das volle Selbstbestimmungsrecht der Nationen einschließlich des Rechts

bestreitet auf und eigene die staatliche Existenz. Indem es dieses Rech staatliche Unversehrtheit der Monarchie zum Dogma erhebt, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, straft es alle seine formellen Beteuerungen des Internationalismus Lügen und stellt sich auf den Boden der nationalen Unterdrückung.

2. Loslösung der nationalen Frage von Politik und Wirtschaft

2. Gemäß den Lehren der führenden austromarxistischen Theoretiker in der nationalen Frage, vor allem Renners, geht das Brünner Programm von der Definition der nationalen Frage als einer im wesentlichen kulturellen Frage aus. Dementsprechend vertritt es als „Lösung“ der nationalen Frage im wesentlichen die Forderungen der „kulturellen“ beziehungsweise „nationaler Autonomie“, wie sie von den Austromarxisten verschämt genannt wurde.

„Die Engstirnigkeit der Sozialdemokraten Österreichs vom Schlage eines Bauer oder Renner besteht eigentlich gerade darin“, schrieb Stalin 1918, „daß sie den untrennbaren Zusammenhang der nationalen Frage mit der Machtfrage nicht begriffen und versuchten, die nationale Frage von der Politik zu trennen und auf den Rahmen der Kultur- und Bildungsfragen zu beschränken, wobei sie die Existenz solcher ‚Kleinigkeiten‘ wie des Imperialismus und der von ihm versklavten Kolonien übersehen.“ („Der Oktoberumsturz und die nationale Frage.“)

Die nationale Frage als ausschließlich oder vor allem kulturelle Frage zu behandeln, das hieß, den unterdrückten Nationen alle politischen und wirtschaftlichen Rechte abzuspochen, ihnen kein eigenes Territorium, keine eigene Regierung, keine staatlichen Machtmittel usw. zu geben. Das Maximum dessen, was die „national-kulturelle Autonomie“ den unterdrückten Völkerschaften gewährte, war das Recht, mit eigenem Geld eigene Schulen, Theater, Museen usw. zu bauen. Die Erklärung der nationalen Frage als Kulturfrage und die darauf gestützte Parole der „kulturell-nationalen Autonomie“ bedeutete daher faktisch die Billigung und Unterstützung der Ausplünderung und Vergewaltigung der slawischen Nationalitäten.

3. Ablehnung der revolutionären Lösung

3. Das Brünner Programm behandelt die zu unerhörten Ausmaßen anwachsenden nationalen Bewegungen und Konflikte in der Monarchie nicht als Ausdruck der tödlichen Krise des Habsburgerstaates, sondern führt die nationalen „Wirren“ auf die „politische Rückständigkeit“ einzelner „öffentlicher Einrichtungen“ der Monarchie zurück. Damit beschönigt und vertuscht es die tiefe Fäulnis der Monarchie, die in den nationalen Kämpfen zum Ausdruck [37:] kam, behandelt sie als Frage einzelner „Mängel“ und „Schwächen“, die mittels kleiner reformistischer Pflästerchen zu heilen wären.

„Die Österreicher gedenken“, schreibt Stalin, „die ‚Freiheit der Nationalitäten‘ durch kleine Reformen in langsamem Schritt zu verwirklichen. Wenn sie die nationale Autonomie als praktische Maßnahme vorschlagen, rechnen sie in keiner Weise mit einer radikalen Veränderung, mit einer demokratischen Freiheitsbewegung, die ihnen gar nicht vorschwebt.“

(„Marxismus und nationale Frage.“)

So widerspiegelt sich im Brünner Nationalitätenprogramm der völlige Verlust der revolutionären Perspektive durch die österreichische Sozialdemokratie, ihr Absinken auf die Position eines lahmen Reformismus.

Die Entwicklung des Nationalismus nach Brunn und der nationale Zerfall der österreichischen Sozialdemokratie

Der Brünner Parteitag – ein Wendepunkt

Die Annahme des Brünner Nationalitätenprogramms kennzeichnet einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Mit diesem Programm, das einerseits den in der sozialdemokratischen Parteiführung bereits herrschenden Nationalismus widerspiegelt, andererseits eine wichtige Basis der weiteren nationalistischen Entartung der Partei war, **wurde der Opportunismus zur führenden Ideologie im Parteivorstand, endete die Blüteperiode der österreichischen Sozialdemokratie nach Hainfeld. Mit dem Brünner Nationalitätenprogramm begann die Periode „Austromarxismus“ in der österreichischen Sozialdemokratie.**

Das Hervortreten des deutschen Nationalismus

Immer offener griff der deutsche Nationalismus und ein überheblicher Antislawismus nach dem Brünner Parteitag in der Führung der österreichischen Sozialdemokratie um sich, trat an die Stelle des „verfeinerten“, „zivilisierten“ Nationalismus des Brünner Programms ein grobschlächtiger, zynischer deutscher Chauvinismus, als dessen Sprecher sich insbesondere Engelbert Pernerstorfer, Karl Leuthner und Karl Renner hervortaten. Dieser extreme Nationalismus einer Reihe führender SP-Mandatare und Funktionäre bereitete Schritt für Schritt einem zwar weniger polternden, aber desto breiteren, versteckten Nationalismus in der ganzen Partei den Weg. Die nationalistischen Traditionen, die zahlreiche sozialdemokratische Führer noch aus ihrer bürgerlichen Vergangenheit mit sich trugen, kamen in dieser Atmosphäre in einer ganzen Reihe von Schriften und Reden immer stärker zum Vorschein und gewannen in der Bewegung an Einfluß. So wuchs ein überheblicher Antislawismus heran, der die slawischen Nationalitäten als „kulturlos“, „rückständig“ und sogar „minderwertig“ bezeichnete; es entstanden verschiedene Theorien von der „Mission“ der Deutschsprechenden gegenüber den Slawen und dem „Osten“ überhaupt, eine Reihe von SP-Führern propagierte offen eine antislawische Assimilierungs- und Germanisierungspolitik usw. Ihren Höhepunkt erreichte diese nationalistische Welle in der Zeit unmittelbar vor und während des ersten Weltkriegs, wo der austromarxistische Opportunismus in den offenen „Sozialchauvinismus“ umschlug.

Die beiden Spielarten des Nationalismus

Ähnlich wie in der deutschsprachigen Bourgeoisie bildeten sich dabei nach der Jahrhundertwende in der österreichischen Sozialdemokratie zwei eng miteinander verbundene Spielarten des Nationalismus heraus: eine schwarzgelbe, großösterreichische Richtung, deren führender Vertreter Karl Renner wurde, und eine großdeutsche, deren Vertreter vor allem Otto Bauer, Pernerstorfer, Leuthner usw. waren.

Die nationale Spaltung der Partei

Hand in Hand mit dem ideologischen ging der organisatorische Niedergang der Sozialdemokratie. Schritt für Schritt wurden aus den „nationalen Gruppen“, die der Wimberger Parteitag geschaffen hatte, nationale Parteien, verlor der Gesamtparteitag und der gemeinsame Parteivorstand an Bedeutung. Im Jahre 1904 konnte ein tschechischer Sozialdemokrat bereits richtig feststellen, daß die Konflikte zwischen der österreichischen und der tschechischen Sozialdemokratie völlig den nationalen Konflikten zwischen deutschsprechender und tschechischer Bourgeoisie entsprachen. Ein Jahr später (1905) fand der letzte gemeinsame Parteitag statt. 1910 war die ursprünglich einheitliche gesamtösterreichische Sozialdemokratie endgültig in mehr als ein halbes Dutzend verschiedener nationaler Parteien zerfallen.

Wie tief die nationale Spaltung ging, zeigen folgende Tatsachen: In den Dörfern des Sudetengebietes gab es 1911 bereits dreierlei Sozialdemokratien: eine „deutschösterreichische“, eine „tschechisch-separatistische“ und eine „tschechisch-zentralistische“. In Galizien gab es seit 1905 in einigen Orten drei und vier konkurrierende Sozialdemokratien nebeneinander: die polnische, die ukrainische, die jüdische und die „deutschösterreichische“ Sozialdemokratie.

Der Zerfall der Gewerkschaften

Von der Partei ausgehend, griff die Spaltung auch auf die Gewerkschaften über. Schon ein Jahr nach dem Gewerkschaftskongreß von 1896, auf dem die Forderung der Tschechen nach einem eigenen Gewerkschaftssekretär abgelehnt worden war, [39:] organisierten die tschechischen Gewerkschafter einen eigenen Gewerkschaftskongreß, der eine eigene tschechische Gewerkschaftskommission wählte.

Die 1911 bestehende Lage kennzeichnet eine Schrift des österreichischen Metallarbeiterverbandes mit den resignierten Worten:

„Alle Zentralverbände gespalten, die Gewerkschaftsorganisationen in Böhmen lahmgelegt, in Mähren furchtbar geschwächt und in Wien sehr bedroht. Geschwächt von den eigenen Klassengenossen, gehen die Gewerkschaften den gewaltigen Kämpfen der nächsten Jahre entgegen: das ist die Bilanz des gewerkschaftlichen Separatismus.“

Die Koalition mit der nationalistischen Bourgeoisie

Auch auf den übrigen Gebieten setzte sich die nationale Spaltung durch und nahm oft erschütternde Formen an. Schon bei den Wahlen in die Brünner Gemeindeverwaltung 1905 stimmten die deutschsprechenden Sozialdemokraten gemeinsam mit „ihrer“ Bourgeoisie gegen die tschechischen Sozialdemokraten, die mit der tschechischen Bourgeoisie verbündet waren. Ebenso stimmten österreichische und tschechische Sozialdemokraten bei den mährischen Wahlen 1911 gegeneinander. Seit 1908 standen sich auch die Parlamentsabgeordneten der österreichischen und der tschechischen Sozialdemokratie als Vertreter der Forderungen „ihrer“ nationalistischen Bourgeoisie gegenüber. Auf beiden Seiten entwickelte sich ein immer festeres Bündnis der SP-Abgeordneten mit „ihrer“ Bourgeoisie, das nach den Wahlen von 1911 zum völligen Zerfall des sozialdemokratischen Abgeordnetenklubs führte. Der nationale Streit erreichte schließlich den Höhepunkt, als der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler, im November 1911 von der Parlamentstribüne aus scharf gegen die tschechischen Sozialdemokraten loszog. Das bedeutete das schmachvolle Ende der alten internationalen, gesamtösterreichischen Sozialdemokratischen Partei.

Die Bilanz der Nationalismus

Die austromarxistische Politik der sogenannten „kulturell-nationalen Autonomie“ bedeutete somit auf allen Gebieten eine beispiellose Katastrophe für das um seine Rechte kämpfende Proletariat. In der Zeit des Imperialismus, des verschärften Angriffs des Kapitals auf die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes, der katastrophalen Teuerung und der fieberhaften Kriegsvorbereitung, in der Zeit, als die Arbeiterbewegung notwendiger als je zuvor eine einheitliche, schlagkräftige und zielsichere Partei, festgefügte klassenkämpferische Gewerkschaften brauchte, hatten Reformismus und Opportunismus die Partei und die Gewerkschaften gespalten und zerrissen, die Arbeiterschaft entwaffnet und den Ausbeutern ausgeliefert.

[40:]

VI. Revision des Hainfelder Programms

Nachdem das Hainfelder Programm gegen Ende der Neunzigerjahre immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden war und zuletzt nur noch als revolutionäres Schaustück aus einer vergangenen Zeit existiert hatte, begannen die Reformisten im Parteivorstand seine Ersetzung durch ein neues Programm vorzubereiten,

Der Kampf zwischen Marxismus und Opportunismus

Der Wiener Parteitag 1901, der die Programmänderung vornahm, fiel in eine außerordentlich wichtige Periode der internationalen Arbeiterbewegung. Innerhalb der Parteien der II. Internationale hatten die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Opportunisten, in denen sich der Beginn einer neuen Entwicklungsperiode der Arbeiterbewegung ankündigte, einen Höhepunkt erreicht. Diese erregten Auseinandersetzungen, die Ereignisse in Deutschland und insbesondere in Frankreich, wo sich der Sozialdemokrat Millerand neben den Schlichter der Pariser Kommune, Galliffet, auf die Ministerbank gesetzt hatte, forderten von den Führern der Arbeiterbewegung in allen Ländern gebieterisch Stellung zu nehmen und Konsequenzen zu ziehen. Es war die Zeit, in der Lenin die ideologischen, taktischen und organisatorischen Grundlagen der Partei neuen Typus zu erarbeiten begann.

Die tiefe Gärung, die um die Jahrhundertwende in der internationalen Sozialdemokratie vor sich ging, fand auch dem Wiener Parteitag und in seinem neuen Programm ihren Niederschlag. Aber das neue Programm der österreichischen Sozialdemokratie bezog nicht Stellung gegen den Reformismus, sondern machte sich ihn unter geschickter Tarnung zu eigen. Das Wiener Programm war kein verbessertes, sondern ein wesentlich verschlechtertes Programm, ein Programm der opportunistischen Degeneration und des reformistischen Verrats am Marxismus.

Der Opportunismus des Wiener Programms zeigt sich an folgenden Tatsachen:

1. Die wichtigsten Fragen werden ignoriert

1. Zum Unterschied vom Hainfelder Programm behandelt das Wiener Programm keine einzige der grundlegenden Fragen, die zu seiner Zeit vor der Partei und vor der Arbeiterbewegung standen. Auf dem Parteitag des Jahres 1899 war zum Beispiel richtig festgestellt worden, daß eine Erweiterung des Hainfelder Programms durch Stellungnahme zur Bauernfrage unbedingt notwendig sei. Mit dieser Begründung wurde die Zustimmung zur [41:] Programmänderung erreicht. Aber trotzdem fehlt im neuen Programm jedes Wort von der Bauernfrage.

„Das gleichgültige, ja zuweilen geradezu ablehnende Verhalten der Parteien der II. Internationale gegenüber der Bauernfrage“, sagt Stalin, „erklärt sich vor allem daraus, daß diese Parteien an die proletarische Diktatur nicht glauben, die Revolution fürchten und nicht daran denken, das Proletariat zur Macht zu führen; wer aber die Revolution fürchtet, wer die Proletarier nicht zur Macht führen will, der kann sich nicht interessieren für die Frage nach den Verbündeten des Proletariats in der Revolution – für ihn ist die Frage nach den Verbündeten eine gleichgültige, nicht aktuelle Frage.“ („Grundlagen des Leninismus.“)

Die Diktatur des Proletariats

Kennzeichnend für die Demagogie des Austromarxismus ist die Stellungnahme der SP-Führung zur Diktatur des Proletariats. Diese entscheidende Frage des Marxismus, die mit der Jahrhundertwende in den Mittelpunkt des Interesses der Arbeiterbewegung gerückt war, wurde auf dem Wiener Parteitag von einigen Delegierten aufgerollt und ihre Aufnahme ins Programm verlangt. Gewöhnliche Opportunisten hätten so eine Forderung einfach als „falsch“, „gefährlich“, „unzeitgemäß“ usw. abgelehnt. Anders die austromarxistische SP-Führung. Sie hatte gegen die Forderung nach der Diktatur des Proletariats scheinbar absolut nichts einzuwenden, mehr noch, für sie war die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats geradezu eine „Selbstverständlichkeit“, aber – und jetzt folgte das berühmte Adlersche „Aber“:

„Aber sollen wir in Österreich, wo die Partei eher zuviel politisch als zuwenig politisch ist, das ganz Selbstverständliche ins Programm aufnehmen? ... Ich habe in den letzten Tagen, wo ich über meine Sünden nachgedacht habe, darüber nachgesonnen, warum in das Hainfelder Programm nichts von der politischen Macht hineingekommen ist. Nun – weil es selbstverständlich ist, daß eine Partei politische Macht erringen will. Das nimmt man doch nicht erst in ein Programm!“ (V. Adler auf dem Wiener Parteitag.)

Auch zur Frage des imperialistischen Krieges und des Militarismus, die mit der Jahrhundertwende entscheidende Bedeutung erlangte, nimmt das Wiener Programm nicht Stellung. Alles, was das Programm dazu zu sagen hat, ist die lahme Forderung nach der „allgemeinen Erziehung zur Wehrhaftigkeit“! Die österreichischen Imperialisten haben diese Forderung bekanntlich prompt erfüllt, freilich in einem anderen Sinne, als es sich der Wiener Parteitag vorgestellt hatte.

2. Der Verzicht auf die führende Rolle der Partei

2. Das Wiener Programm steht auf dem Boden einer geschickt maskierten Spontaneitätstheorie, das heißt, es läßt die Entwicklung der Arbeiterbewegung und damit der Gesellschaft als eine spontane, selbsttätige und automatische Entwicklung erscheinen, in der sich die wissenschaftliche Erkenntnis im richtigen Zeitpunkt bei den Arbeitern von selbst durchsetzt. Faktisch be-[42:]deutete das den Verzicht auf eine Partei, die der Arbeiterschaft vorangeht, sie bewußt in den Kampf führt und revolutionär erzieht und schult. Es bedeutete den Verzicht auf die vom Hainfelder Programm gestellte entscheidende Aufgabe der systematischen Verbindung der Arbeiterbewegung mit dem Marxismus durch die Partei. Die im Wiener Programm zum Ausdruck kommende Anschauung, den Arbeitern würde zur gegebenen Zeit von selbst das Licht der marxistischen Erkenntnis aufgehen, verfälscht den Marxismus aus einer Anleitung zum Handeln zu einer Theorie des Abwartens. Mit ihrer Hilfe konnte die österreichische Sozialdemokratie später die Verantwortung für die Entwicklung des Klassenkampfes immer wieder von der Partei auf die „ökonomischen Verhältnisse“ abschieben, das heißt, die Schuld an jenen Niederlagen der Arbeiterbewegung, die eben aus der Verneinung der führenden Rolle der revolutionären Theorie und der revolutionären Partei erwachsen, den „ungünstigen Umständen“ in die Schuhe schieben.

„Ich glaube, wenn die Parteivertretung nichts verdorben und nicht geschadet hat, so hat sie schon ein sehr schweres Stück Arbeit verrichtet“, sagte Victor Adler auf dem Brünner Parteitag, und hierin drückte sich schon die verhängnisvolle Bagatellisierung der Rolle der Partei und ihrer Führung aus, die sich im Wiener Programm widerspiegelt.

Der Glaube an die Spontaneität, die Unterschätzung und Leugnung der führenden Rolle der Partei zeigt sich im Wiener Programm auch in der Form, daß aus dem Satz des Hainfelder Programms, der die politische Organisation des Proletariats zum Sturz des Kapitalismus verlangte, das Wort „politisch“ weggelassen wurde, so daß nur mehr von der Organisation des Proletariats schlechthin die Rede ist. Erläuternd sagt Victor Adler zu dieser Programmrevision, daß damit das Programm „bedeutend erweitert“ worden sei, weil damit nicht nur die politische Organisation, sondern „vor allem auch die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats als die oberste Aufgabe“ bezeichnet werde. Das bedeutete aber, die Partei mit den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen des Proletariats auf eine Stufe zu stellen, den Charakter der Partei als führender Organisation des Proletariats zu leugnen, also die Spontaneität zu propagieren.

3. Übergang zum Reformismus

3. Schließlich ist das Wiener Programm seinem ganzen Wesen nach ein Programm des Reformismus und des „parlamentarischen Kretinismus“. Die entscheidende Stelle des Hainfelder Programms, die den Parlamentarismus als bestimmte Form der kapitalistischen Klassenherrschaft definierte, fehlt im [43:] Wiener Programm. Die demagogische Begründung Victor Adlers diese Auslassung lautet:

„Heute überschätzen wir den Parlamentarismus nicht mehr, und darum war die Verwahrung gegen eine solche Überschätzung, so notwendig sie auch in Hainfeld gewesen ist, ganz überflüssig. Mit der Sozialreform steht es ebenso.“

Einer der Angelpunkte des neuen Programms liegt in seiner Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der Reformtätigkeit. Das Hainfelder Programm war diesbezüglich auf dem marxistischen Standpunkt gestanden, daß die Verelendung des Proletariats, solange der Kapitalismus nicht gestürzt wird, absolut und relativ zunimmt. Bei aller Betonung der großen Bedeutung des Kampfes für Reformen als unersetzliche Schule des proletarischen Klassenkampfes hatte das Hainfelder Programm festgestellt, daß alle soziale Reformtätigkeit diesen Verelendungsprozeß nur hemmen, aber nicht in sein Gegenteil verwandeln könne.

Die absolute und relative Verelendung

Das Wiener Programm steht hier in offenem Widerspruch zum Hainfelder Programm. An Stelle eines Satzes, der den Kapitalismus anklagt, steigendes Elend und wachsende Massenarmut für das Volk mit sich zu bringen, steht im Wiener Programm ein Satz, der nur von einer relativen Verelendung des Proletariats spricht, also davon, daß der Lebensstandard der Arbeiterklasse nicht so rasch steigt als der Profit der Kapitalisten. Im Wiener Programm wird vom Elend einzig und allein als Begleitscheinung der Krise gesprochen, das heißt, das Programm leugnet die Tatsache, daß es in der kapitalistischen Welt ein ständiges und ständig wachsendes Massenelend (das sich zum Teil in der wachsenden Verelendung der hunderten Millionen Kolonialsklaven, in den imperialistischen Kriegen usw. manifestiert) gibt. Nach ihm ist das Elend nur eine Kinderkrankheit des Kapitalismus, die im Laufe seiner Entwicklung durch den vom Kapitalismus selbst geschaffenen Reichtum automatisch beseitigt werde. Diese Auffassung führt unmittelbar zur Theorie des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus, zum Verzicht auf die proletarische Revolution und bedeutet offenen Reformismus.

Auch die Begründung für die Ablehnung der absoluten Verelendung im Wiener Programm ist echt austromarxistisch:

„In der Marxschen Anschauung hat nämlich, so haben wir es gelernt, überhaupt nichts Absolutes Platz, auch keine ‚absolute Verelendung‘; wir haben das immer als für den dialektischen Gedankengang des Marxismus

wesentlich gehalten ... die neue Fassung will ganz bewußt der heutigen Stimmung der Arbeiterklasse Ausdruck geben.“ (Adler.)

[44:] Damit gab Adler zu, daß – wie August Bebel feststellte – das Wiener Programm weitgehend auf die Illusionen gestützt war, die die Prosperitätsepoche des Kapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts bei vielen Arbeitern erweckt hatte.

Die Kritik am Wiener Programm

Sowohl Lenin als auch Stalin haben in ihren Arbeiten das Wiener Programm kritisiert. Lenin zitiert 1902 in „Was tun?“ ausführlich die Kritik Karl Kautskys, der damals noch Marxist war, am Wiener Programm und nennt diese Kritik „sehr treffende und wertvolle Worte“. Ähnlich nimmt Stalin in seiner bekannten Arbeit „Kurze Darlegung der Meinungsverschiedenheiten in der Partei“ (1905), die eine gründliche Abrechnung mit den menschwistischen Spontanitätstheorien enthält, zum Wiener Programm Stellung.

VII. Die Wahlrechtskämpfe in Österreich

Die zwei Perioden im Wahlrechtskampf

In der Geschichte der österreichischen Wahlrechtsbewegung lassen sich zwei verschiedene Perioden deutlich unterscheiden. Die erste Periode umfaßt die Jahre unmittelbar nach Hainfeld, als die junge österreichische Sozialdemokratie die Massen mutig in den Kampf führte und an der Spitze einer breiten Massenbewegung die ersten Zugeständnisse und Reformen im Wahlrechtskampf durchsetzte. Die zweite Periode begann knapp vor der Jahrhundertwende, Sie ist gekennzeichnet durch eine wachsende Radikalisierung und Revolutionierung der Arbeiterklasse, durch großartige Massenbewegungen, die sich bis zu schweren Zusammenstößen der Arbeiter mit der bewaffneten Staatsgewalt steigerten. Sie ist gleichzeitig aber auch gekennzeichnet durch eine immer offenere Brems- und Beschwichtigungspolitik der Parteiführung. In dieser Periode hat nicht der sozialdemokratische Parteivorstand die Massen in den Wahlrechtskampf geführt, sondern die Massen den Parteivorstand, ist die SP-Führung der Massenbewegung des österreichischen Proletariats nicht vorangegangen, sondern nachgehinkt.

Die Radeni-Wahlrechtsreform

Nach dem ersten, relativ weitgehenden Wahlreformvorschlag, den die feudale österreichische Regierung unter dem Druck der [45:] großen Wahlrechtsbewegung des Jahres 1893 im Parlament eingebracht hatte, der aber unter dem hysterischen Geschrei der bürgerlich-liberalen Abgeordneten verworfen wurde, sah sich die Regierung angesichts der ständig an Breite gewinnenden Massenbewegung der Arbeiter im Jahre 1896 zu einem zweiten Wahlrechtsreformvorschlag gezwungen, dem auch das reaktionäre Parlament nicht seine Zustimmung zu verweigern wagte. So kam es zu der Radeni-Wahlrechtsreform, die zu den bestehenden vier Kurien (Wahlkörperschaften) der privilegierten Wähler eine fünfte sogenannte „allgemeine Kurie“ hinzufügte, in die ein Großteil der erwachsenen männlichen Staatsbürger wählen durfte und der 72 von den insgesamt über 350 Abgeordnetensitzen des Parlaments zugebilligt wurden. 1897 fanden die ersten Wahlen in dieses erweiterte Kurienparlament statt, und trotz dem elenden Charakter der Wahlreform gelang es der Sozialdemokratie, mit einem Schlag 14 Abgeordnete ins Parlament zu bringen.

Die ersten SP-Abgeordneten im Parlament

Schon damals begannen sich in der Führung der Sozialdemokratie, und insbesondere unter den sozialdemokratischen Abgeordneten selbst, gewisse Züge einer Überschätzung des parlamentarischen Kampfes und seiner Möglichkeiten, Züge einer Unterschätzung der revolutionären Massenbewegung des Proletariats bemerkbar zu machen. Diese Tendenzen traten nach der Jahrhundertwende, insbesondere in den Jahren 1900 bis 1904, immer deutlicher in den Vordergrund.

Die Anfänge des parlamentarischen Kretinismus

Victor Adler unterbreitete dem Parteitag des Jahres 1902 in seinem Referat zum Beispiel die folgende politische Linie:

„Wir waren gewohnt, solange wir niemand im Parlament hatten, dem Willen der Arbeiterschaft in großen und demonstrativen Aktionen Ausdruck zu geben ... Ich sage hier offen, daß der Grundgedanke der Taktik heute ist, daß endgültig auf diese Formen des äußerlichen Kampfes verzichtet werde.“

Bei dieser Beschwichtigungspolitik nützte die austromarxistische Führung die schwierige wirtschaftliche Situation (Krise 1901 bis 1903) zu der Behauptung aus, daß in Zeiten der Depression keine offensiven Kämpfe der Arbeiter möglich seien und man sich mit der Verteidigung dessen begnügen müsse, was bereits vorhanden sei. Diese „Theorie“ führte dazu, daß die SP-Führung auf die Weiterführung des Wahlrechtskampfes verzichtete und sich faktisch mit dem erweiterten Kurienwahlrecht zufrieden gab.

Das zeigte sich zum Beispiel in einem Kompromißvorschlag, den die Parteiführung den vorwärtsdrängenden Klassen im Jahre 1900 vorlegte. Statt des Kampfes ums allgemeine Wahlrecht sollte nach diesem Vorschlag der Kampf um die Umwandlung der allgemeinen Kurie in eine „Arbeiterkurie“ geführt werden. Eine solche Reform hätte die Zahl der sozialdemokratischen Parlaments-[46:]abgeordneten zwar vermehrt, aber dieser Mandatsgewinn wäre erkaufte worden mit dem Verzicht aufs allgemeine Wahlrecht. Die Parole der „Arbeiterkurie“ war ein überaus gefährlicher Vorschlag zur Verewigung des Kurienwahlrechts auf einen demagogischen „ständischen“ Basis. Unter dem empörten Protest der Delegierten hat die SP-Führung diesen Vorschlag auf dem folgenden Parteitag zurückziehen müssen.

Die „Überredungstaktik“ den herrschenden Klassen gegenüber

Der Opportunismus der austromarxistischen Führung im Kampf ums Wahlrecht äußerte sich u. a. darin, daß sie im Kampf um seine Verwirklichung nicht so sehr an die Kraft und Entschlossenheit des Proletariats, sondern vor allem an die Einsicht und Vernunft der herrschenden Klassen und des Kaiserhauses appellierte. Die sozialdemokratische Presse insbesondere die „Arbeiter-Zeitung“, hat in den Jahren des Wahlrechtskampfes weit über tausend Artikel zum allgemeinen Wahlrecht gebracht. Aber die Tendenz fast aller dieser Artikel lag darin, die Bourgeoisie zu überzeugen, daß das Wahlrecht ihr Vorteil, dem kaiserlichen Hof zu beweisen, daß es für ihn eine Lebensfrage sei.

Dem für die Ausbeuter so „gefährlichen und schädlichen Kurienwahlrecht stellt Renner zum Beispiel 1901 den Segen des allgemeinen Wahlrechts gegenüber:

„Diese Demokratie ist ein Segen, ein Segen für hoch und nieder, arm und reich. Sie lehrt den Besitzlosen auf das Gesetz hoffen und schützt den Besitzenden vor der Revolte ... Jedes politische Privileg treibt die Entrechteten in das Lager der Sozialdemokratie und isoliert die Privilegierten. Es ist sinnfällig, daß die Besitz- und Bildungsklassen nur auf ehrlich demokratischem Boden ihre Position behaupten können.“

Gegen solche und ähnliche Argumente haben sich auf den Parteitagen, in Versammlungen usw., immer wieder Proteste der Arbeiter erhoben. Instinktiv haben viele sozialdemokratische Vertrauensleute erkannt, daß diese prinzipienlose Argumentation gefährlich und verderblich ist, daß sie zwar nicht die Politik der herrschenden Klassen ändern, wohl aber das Proletariat irreführen und desorganisieren mußte.

Das allgemeine Wahlrecht und die nationale Frage

Der Opportunismus der SP-Führung zeigte sich auch dort, wo der Kampf um das allgemeine Wahlrecht mit dem nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Nationalitäten zusam-[46:]mentraf. Während das reaktionäre Kurienwahlrecht den Deutschsprechenden die Mehrheit im Parlament sicherte, hätte ein wirklich allgemeines und gleiches Wahlrecht – entsprechend der slawischen Mehrheit der Bevölkerung in der Monarchie – auch eine slawische Mehrheit im Parlament mit sich gebracht.

Dieser Umstand war von außerordentlicher politischer Bedeutung; er verknüpfte die Wahlrechtsbewegung mit der nationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten Völkerschaften und gab einer

zielklaren, konsequenten Partei die Möglichkeit, die Durchschlagskraft des Wahlrechtskampfes wesentlich zu erhöhen und die nationale Befreiungsbewegung in die Geleise des politischen Befreiungskampfes zu lenken.

Der Verrat an den slawischen Nationen

Auch hier erwies sich der Austromarxismus außerstande, die vor dem Proletariat stehenden Aufgaben zu lösen, mehr noch, er fiel der nationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker in den Rücken. Schon um die Jahrhundertwende arbeiteten führende Mitglieder der Parteivertretung Pläne aus, um trotz allgemeinem, gleichem Wahlrecht dem deutschsprechenden Fünftel der Bevölkerung der Monarchie mehr als die Hälfte der Parlamentssitze zu verschaffen, d. h. die Vorherrschaft der „deutschen Herrennation“ auch im Parlament zu garantieren.

Renner schlug zum Beispiel 1901 vor, „einfach zu verlangen, daß die Größe der Wahlkreise nicht bloß nach der Bevölkerungszahl, sondern zugleich nach der Höhe der direkten Steuerleistung bestimmt wird. Man möge das Rechenexempel einmal machen: Teilt man bei 400 Abgeordnetensitzen je dem 200. Teil der Bevölkerung und je einem solchen Gebiet, das den 200. Teil der direkten Staatssteuern trägt, ein Mandat zu, so findet man, daß das deutschösterreichische Gebiet etwas über 200 Abgeordnetensitze besetzt.“

Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie war bereit, sich die Zustimmung der Bourgeoisie und des Kaisers zum Wahlrecht mit dem direkten Verrat an den nationalen Interessen ihrer slawischen Klassenbrüder zu erkaufen.

Der Sieg der Wahlrechtsbewegung im Jahre 1905

Während die opportunistischen Führer über die „Gleichgültigkeit der Massen“ klagten und mit Hilfe einer pseudomarxistischen „Pendel-Theorie“ zu beweisen versuchten, daß die Kampfbegeisterung der Massen nach jeder „revolutionären Erregung“ wieder abflauen müsse, vertiefte sich die revolutionäre Gärung in allen Teilen der Monarchie. Die Massen der Arbeiter wollten nicht mehr [48:] länger warten, bis das Kurienparlament, das vor ihren Augen verfaulte, das allgemeine, gleiche Wahlrecht proklamieren würde.

Vor allem in den tschechischen Gebieten, auf die sich das Schwergewicht der revolutionären Bewegung innerhalb der Monarchie immer mehr verlagerte, erreichte die Wahlrechtsbewegung bald eine gewaltige Breite. Schon Ende des Jahres 1904 kam es zu großen Massendemonstrationen in den böhmisch-mährischen Industriebezirken, die der Wahlrechtsbewegung im ganzen Land neue Kraft gaben.

Das Echo der russischen Revolution in Österreich

In diese Entwicklung platzte die Kunde vom Beginn der Revolution in Rußland am 22. Jänner 1905 wie eine Bombe. Die Nachrichten von dem heldenhaften Aufstand des russischen Volkes fegten alle Hemmungen, Bedenken und Zweifel der österreichischen Arbeiter an der eigenen Kraft hinweg, begeisterten die um ihre Rechte kämpfenden Massen und verliehen der Wahlrechtsbewegung unwiderstehliche Kraft. Unter dem tiefen Eindruck der russischen Revolution entfaltete sich eine Kette von revolutionären Massenaktionen, die in wenigen Monaten von Demonstrationen bis zu den Formen des politischen Massenstreiks und zu regelrechten Straßenkämpfen emporwuchsen. Schon im Mai 1905 kam es zu mächtigen Wahlrechtsdemonstrationen, vor allem in Böhmen Mähren. Im September 1905 demonstrierten hunderttausend Arbeiter in Ungarn, und Budapest erlebte die wichtigste politische Massendemonstration in der Geschichte der jungen ungarischen Arbeiterbewegung. Die ungarische Regierung sah sich angesichts dieser Bewegung zu Manövern gezwungen und machte demagogische Versprechungen. Die Nachricht von diesen Wahlrechtsversprechungen der ungarischen Regierung löste einen Sturm in den deutschsprachigen Gebieten aus und rasch erfaßte die Wahlrechtsbewegung nun alle Teile der Monarchie.

Unter dem Druck dieser Bewegung sah sich die Führung der sozialdemokratischen Partei im Herbst 1905 zu einer Schwenkung in ihrer Taktik gezwungen. Der Parteivorstand wußte, daß er die Kontrolle über die Bewegung und seinen Einfluß in den Massen verlieren würde, wenn er jetzt noch zögerte. So kam es am 22. September 1905 auf der SP-Reichskonferenz in Wien zum Beschluß, „nunmehr zu handeln“.

Inzwischen hatte die Wahlrechtsbewegung weiter an Schwungkraft gewonnen. Am 24. September 1905 demonstrierten 40.000 Arbeiter in Prag, zwei Wochen später, am 10. Oktober, gab Prag mit einem gut organisierten Generalstreik der ganzen Bewegung ein großartiges Beispiel. 80.000 Arbeiter forderten in einer mächtigen Demonstration in Prag das allgemeine, gleiche Wahlrecht.

In dieser gespannten Situation trat Ende Oktober 1905 in Wien, [49:] der (letzte) sozialdemokratische Gesamtparteitag zusammen. Der Parteitag war zunächst gekennzeichnet von einer heftigen Kritik, vor allem der tschechischen Delegierten, an der lahmen Haltung des Parteivorstands, der nichts getan hatte, um die Wahlrechtsbewegung in Wien und Niederösterreich der weit vorausgehenden revolutionären Kampfbewegung in den tschechischen Industriezentren anzuschließen. Die Mitglieder des Parteivorstands lehnten aber jede Kritik mit der Begründung ab, sie sei vom „tschechischen Nationalismus“ diktiert. Schon drohte sich der Parteitag in gehässigen nationalistischen und persönlichen Streitigkeiten zu verlieren, als ein aufsehenerregendes Telegramm eintraf: Der Zar hatte dem Druck der Revolution ein Manifest erlassen, welches u. a. das allgemeine, gleiche Wahlrecht gewährte. Die Wirkung dieser Nachricht war unbeschreiblich:

Die Nachricht vom Manifest des Zaren

„Ellenbogen begann das Manifest des Zaren mit vor Erregung bebender Stimme zu verlesen. Im Nu trat atemlose Stille ein. Kaum war der erste Absatz des Manifestes, der mit der Verheißung der Presse- und Versammlungsfreiheit schließt, verlesen, da brach im Saal und auf der Galerie ein ohrenbetäubender Jubel los: „Hoch die russische Revolution! Hoch die Revolution! Hoch das allgemeine Wahlrecht!“ Die Rufe endeten mit einem Schlag, als Ellenbogen das Manifest mit kräftiger Stimme absatzweise weiterlas. Schon als Ellenbogen die Verlesung begonnen hatte, hatten sich die Delegierten und die Gäste, ganz instinktiv, ohne ein Zeichen der Verabredung, von ihren Sitzen erhoben. Stehend, im Gefühl der historischen Bedeutung dieses Moments, wurde die Verlesung angehört. Eine feierliche Ergriffenheit lag in diesen Minuten über dem Kongreß. Ellenbogen hatte das letzte Wort des Zarenmanifestes verlesen. Jetzt ohne weiteres wieder in die Diskussion zu treten, war unmöglich. Im Nu fand der Kongreß, wieder ganz instinktiv, ohne Verabredung, den richtigen Ausdruck seiner feierlichen Stimmung. Revolutionsgesänge brausten mit einem Male durch den Saal ... Jeder Teilnehmer wußte, daß in dieser Stunde auch der österreichische Wahlrechtskampf in ein neues Stadium revolutionärer Entschlossenheit getreten war.“ (Parteitagsprotokoll 1905.)

Der Generalstreikbeschuß

Die Tatsache, daß die opportunistischen SP-Führer das Zarenmanifest schon als den endgültigen Sieg der russischen Revolution feierten, verstärkte nur noch den tiefen Eindruck dieses Erfolges der russischen Revolution. In dieser Atmosphäre machte der Parteivorstand nach kurzer Beratung noch einen Schritt weiter nach „links“: unter dem begeisterten Beifall der Delegierten erklärte er sich mit dem Beschuß des Generalstreiks – freilich auf einen Tag beschränkt – einverstanden.

Noch am Abend des 31. Oktober gab es eine halb spontane Massendemonstration vor dem Parlament, bei der Seitz und andere Redner über die russische Revolution sprachen und die Stadt von den Rufen: „Es lebe die russische Revolution!“, „Wir wollen russisch reden!“ widerhallte. [50:] Zwei Tage später, am 2. November kam es in Wien zu den ersten blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Auf dem Ring unternahm die Polizei eine Säbelattacke gegen Demonstranten. Gegen hundert Verwundete blieben auf dem Platz.

Am 4. und 5. November kam es auch in Prag bei einer Demonstration von 50.000 Arbeitern zu blutigen Zusammenstößen mit der bewaffneten Staatsgewalt. Aber die Blutopfer schüchterten die Massen nicht ein, sondern erhöhte nur den Ernst der Bewegung. Da es der Polizei nicht mehr gelang, die Demonstranten zu zerstreuen, setzte die Regierung Militär ein, das mit blanken Waffen gegen die Arbeiter vorging. Als Antwort wuchsen in Prag Barrikaden aus dem Boden. Gleichzeitig kam es auch in Kladsno zu schweren Zusammenstößen der zu allem entschlossenen Arbeiter mit der Polizei.

Höhepunkt und Sieg der Wahlrechtsbewegung

Am 5. November erlebte Wien eine stürmische Massenversammlung vor dem Parlament. Zugleich setzte auf den Eisenbahnen – ebenfalls von Böhmen ausgehend – die passive Resistenz ein. Wenige Tage später waren als Folge dieser Bewegung, an der sich 25.000 Eisenbahner beteiligten,

alle Bahnhöfe der Monarchie verstopft. Die Situation für die Regierung wurde nun rasch kritisch. Am 28. November trat auch der Beschluß des 24stündigen Generalstreiks in Kraft. In allen Teilen der Monarchie fanden mächtige Massendemonstrationen statt. In ihrem Mittelpunkt stand die Demonstration von fast einer Viertelmillion Wiener Arbeitern.

Nun mußte die Regierung nachgeben. Sie versprach (November 1905) das allgemeine, gleiche Wahlrecht anzuerkennen und verpflichtete sich, bis spätestens Februar 1906 einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Der Kaiser selbst, das drohende Beispiel der russischen Revolution vor Augen und in der Hoffnung auf eine Beschwichtigung der Bewegung durch ein Zugeständnis, hatte auf diese Entscheidung gedrängt. (Die opportunistischen Führer haben das benützt, um ihn als „Verbündeten“ im Kampf um das allgemeine Wahlrecht zu feiern!)

Der Opportunismus und das Wahlrecht

Die revolutionären Möglichkeiten des Wahlrechtskampfes

Eine wirkliche revolutionäre Führung der österreichischen Arbeiterbewegung hätte die mächtige Massenbewegung des Jahres 1905 zu gewaltigen revolutionären Kämpfen steigern und weit über den Rahmen einer Wahlrechtsbewegung hinaus entwickeln können. Die Voraussetzungen dafür waren durchaus gegeben. Selbst in kleineren Industriezentren hatte die Bewegung zehntausend, fünfzehntausend, zwanzigtausend Arbeiter erfaßt, es gärte unter den Bauern, die [51:] unterdrückten Nationalitäten rebellierten gegen die Habsburgerdiktatur und überall drängten die Massen, die Bewegung durch die Einbeziehung auch anderer Kampffragen zu vertiefen und dem anfeuernden Beispiel ihrer russischen Brüder zu folgen.

Aber das war nicht das Ziel, das sich die austromarxistischen Führer gestellt hatten. Sie hofften nicht, sondern sie fürchteten, daß die Bewegung Ausmaße einer breiten revolutionären Erhebung annehmen könnte und beeilten sich, das unter allen Umständen zu verhindern. Die SP-Führung lehnte es von Anfang an beharrlich ab, die Wahlrechtsbewegung mit irgendwelchen anderen Kampffragen zu verbinden, um die Sache nicht zu „komplizieren“. Und kaum hatte die Regierung die erste offizielle Zusage des Wahlrechts gegeben, würgte der Parteivorstand die Bewegung auch schon jetzt unter einem demagogischen Siegesgeschrei ab: Die Regierung hatte zugesagt – jetzt begannen die Verhandlungen und die durften durch laute Demonstrationen und Streiks nicht gestört werden, sonst würde man sie am Ende mit der Ausrede auf den „Terror Straße“ wieder abrechnen.

Den österreichischen Machthabern gelang es dadurch, die tatsächliche Beschlußfassung über das Wahlrecht noch um mehr als ein Jahr hinauszuschleppen. Erst nachdem im Sommer 1906 angesichts dieser Verschleppungstaktik die Erregung der Massen zu neuen, großen Demonstrationen geführt und die SP-Führung zu einer Wiederholung ihrer Generalstreikdrohung gezwungen hatte, wurde Ende 1906 das Wahlrecht vom Parlament beschlossen.

Das Wahlrecht – weder allgemein ...

Das Wahlrecht, das damit bewilligt wurde, war ein gewaltiger Erfolg der Kampfbewegung des österreichischen Proletariats.

Es war ein großer Fortschritt gegenüber dem Kurienwahlrecht, aber es war weder wirklich allgemein, noch war es wirklich gleich. Es enthielt zum Beispiel eine hinterhältige Selbsthaftigkeitsklausel, die eine zahlenmäßig bedeutende Schicht des Proletariats vom Wahlrecht ausschloß. Vor allem aber war das neue Wahlrecht nur ein Wahlrecht für die Männer. Der Hälfte der Bevölkerung, den Frauen, gewährte das neue Gesetz kein Wahlrecht – die austromarxistische SP-Führung hatte das Frauenwahlrecht auch niemals gefordert! „Wir sind nicht geneigt, diesen Kampf in den Vordergrund zu stellen“, hatte Victor Adler 1903 auf einer Frauenkonferenz offen erklärt, als das Frauenwahlrecht zur Sprache kam. In einem so katholischen Land wie Österreich, meinte Adler, sei an das Frauenwahlrecht auf absehbare Zeit nicht zu denken.

[52:] Durch diese opportunistische Stellungnahme der SP-Führer ergab sich in Österreich die merkwürdige Situation, daß die bürgerlichen Frauenvereine die Forderung nach dem Frauenwahlrecht erhoben, die austromarxistische SP-Führung den Kampf darum aber ablehnte.

... noch gleich

Das 1906 gewährte Wahlrecht war auch kein wirklich gleiches Wahlrecht. Entsprechend den Vorschlägen der austromarxistischen Führer hatte die Stimme der „kultivierten“ deutschsprachigen Wähler ein wesentlich größeres Gewicht als die Stimme der „rückständigen, kulturlosen“ slawischen Wähler, so daß die deutschsprachige Minderheit eine Mehrheit von Mandaten im Parlament erhielt.

Die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht, die im Mai 1907 stattfanden, brachten der österreichischen Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Mit mehr als einer Million Stimmen und 87 Abgeordneten zog die Sozialdemokratie als stärkste Partei ins neue Parlament ein. Dieser große Wahlsieg war ein Ausdruck des Kampfwillens und der Kampfbereitschaft des Proletariats, aber unter den gegebenen Umständen trug er nicht so sehr zur Stärkung des Kampfes gegen die herrschenden Klassen als zur Stärkung der parlamentarischen Illusionen bei. Mit diesem Wahlerfolg begann vollends die Periode eines platten, mit zeitweiligen revolutionären Phrasen aufgeputzten parlamentarischen Kretinismus.

Der parlamentarische Kretinismus

„Die Aufgaben, die unser harren, sind unscheinbarer als die, denen die letzten Jahre geweiht waren“, schrieb das Zentralorgan der Partei am 2.6. Mai 1907 unmittelbar nach dem Wahlerfolg. „Nicht gewaltige Demonstrationen, nicht nervenerregende heroische Kämpfe sind die nächsten Aufgaben des Proletariats ... Die Stellung des Feindes ist erstürmt ... nun ist der große Kampf vorüber!“

Unbemerkt fälschte die austromarxistische Führung das allgemeine Wahlrecht aus einem wichtigen Teilziel des Klassenkampfes zu seinem Endziel um, mit dessen Erreichung das friedliche Zeitalter des Stimmzettels und der parlamentarischen Rededuelle begonnen hatte. Der Klassenkampf des Proletariats war damit, wie es hieß, „von der Straße ins Parlament verlegt“ worden und der Kampf der Arbeiter in den Betrieben und auf der Straße sank in den Augen der opportunistischen Führer immer mehr zu einer peinlichen Störung der parlamentarischen Geschäftsordnung herab.

In einer Zeit, in der sich der erste imperialistische Weltkrieg ankündigte, sich schwere gesellschaftliche Krisen und tiefgehende revolutionäre Erschütterungen vorbereiteten, wurde die Sozialdemokratische Partei endgültig zu einem Wahlapparat, zu einem Anhängsel der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, die sich nun zur eigentlichen Parteiführung entwickelte.

[53:]

VIII. Die Sozialdemokratie und die wirtschaftlichen Kämpfe der österreichischen Arbeiterklasse

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Kampfbewegung in Österreich

Die Geschichte der österreichischen Arbeiterklasse ist an wirtschaftlichen Kämpfen und an Massenbewegungen für gewerkschaftliche Forderungen keineswegs arm. Diese Kämpfe sind für die Entwicklung der Arbeiterbewegung von hervorragender Bedeutung. Einerseits gelang es in ihnen, eine Reihe der brutalsten Vorstöße der kapitalistischen Ausbeuter abzuwehren, verschiedene Reformen durchzusetzen und erfolgreich zu verteidigen, die die Lage der Arbeiterschaft innerhalb gewisser Grenzen erleichterten und verbesserten. Andererseits lernte die Arbeiterschaft in diesen Kämpfen, wuchs ihre Erkenntnis der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, erhöhte sich ihr Klassenbewußtsein.

Insbesondere die zahllosen Kämpfe um höhere Löhne, die langen und opferreichen Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit, der Kampf um das Kollektivvertragsrecht, um die Schaffung und Einhaltung verschiedener Sozialgesetze usw. – bilden ruhmreiche Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung.

Die Streikbewegung

Ebenso wie sich die Gewerkschaften in den Neunzigerjahren rasch in die Breite entwickelten, gab es auch eine schnelle Zunahme des Umfangs der Streikkämpfe in Österreich. In den großen gewerkschaftlichen Kämpfen der Jahrhundertwende erreichte diese Bewegung einen Höhepunkt und brach dann schroff ab. Im Jahre 1900 erreichte die Zahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage mit 3,5 Millionen einen Rekord, der auch in den Jahren 1906/07 und 1911/12, die neue Höhepunkte der gewerkschaftlichen Kampfbewegung bildeten, bei weitem nicht mehr erreicht wurde.

Ähnlich entwickelte sich auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Sie erreichte in den Jahren 1904 bis 1907 ihren absoluten Höhepunkt (sie schnellte von etwa 190.000 auf über 500.000 hinauf) und ging dann – unterbrochen durch einen vorübergehenden Aufschwung 1911/12 schrittweise auf etwa 250.000 (also die Hälfte) zurück. Im ersten Kriegsjahr, als sich die Gewerkschaften offen in Hilfsinstrumente der habsburgischen [54:] Kriegswirtschaft verwandelten, verloren sie innerhalb weniger Monate neuerlich gegen 100.000 Mitglieder, so daß kaum 170.000 Gewerkschaftsmitglieder verblieben.

Der Übergang des Kapitalismus zum Imperialismus bedeutete auch in Österreich eine unerhörte Vertiefung der Klassengegensätze, eine rasche Verschärfung der Ausbeutung des Proletariats, gesteigerten Druck auf seine Lebenshaltung und auf seine mühsam erkämpften sozialen Rechte. Die Jahre von 1901 bis zum ersten Weltkrieg kennzeichnete eine nicht abreißende Welle der Teuerung und der Steuererhöhungen, zunehmender Ausgaben für die Kriegsvorbereitung und damit systematischer Senkung des Reallohnes der Arbeiter. Daß unter diesen Bedingungen, in denen der Haß und die Empörung des arbeitenden Volkes gegen seine Ausbeuter von Jahr zu Jahr wuchs, dennoch die Zahl und die Breite der Streikkämpfe abnahm, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sank, widerspiegelt den Umschwung, der in diesen Jahren in der Rolle der Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften vor sich ging. Reformismus und Opportunismus haben die Arbeiterbewegung nach der Jahrhundertwende entscheidend geschwächt, obwohl die Klassengegensätze nicht schwächer, sondern schärfer wurden.

Die Kämpfe gegen die Teuerung

Wachsender Gegensatz zwischen Massen und opportunistischer Führung

Die großen Teuerungskämpfe des österreichischen Proletariats waren die bedeutendste wirtschaftliche Kampfbewegung der Jahre vor dem ersten Weltkrieg. Neben den Wahlrechtskämpfen waren sie die breiteste Kampfbewegung überhaupt, die das österreichische Proletariat bis zum ersten Weltkrieg führte. Gerade in diesen Kämpfen kommt daher auch das Charakteristische für die gesamte Entwicklung zwischen der Jahrhundertwende und 1914 besonders deutlich zum Ausdruck: einerseits die tiefe revolutionäre Gärung, die in den Massen des arbeitenden Volkes vor sich ging, seine zunehmende Radikalisierung und Empörung gegen die Angriffe der Ausbeuter; andererseits die immer schmählichere Brems- und Beschwichtigungstaktik der opportunistischen SP- und Gewerkschaftsführer, die immer zynischeren Versuche der austromarxistischen Führer, die anschwellende Massenbewegung durch scheinlinke Phrasen aufzufangen oder durch demagogische Manöver auf für die Bourgeoisie ungefährliche Wege und Gebiete abzulenken.

[55:] Schon unmittelbar nach der Jahrhundertwende wurde die Teuerung immer fühlbarer. Die Monopolisierung ließ in allen Ländern die Preise sprunghaft ansteigen, was in Österreich noch durch den volksfeindlichen Zolltarif des Jahres 1906 und durch reaktionäre Abkommen mit den ungarischen Großgrundbesitzern verschärft wurde.

Die Empörung des arbeitenden Volkes über die Lebensmittelteuerung griff von Jahr zu Jahr rascher um sich. Im Herbst 1908 begann eine breite Welle von Protestversammlungen gegen die geplante Milchverteuerung. Unter dem Druck dieser Bewegung sah sich die Regierung zu einem zeitweiligen Rückzug gezwungen. Mehrere Monate später kam es zu einer neuen Welle erregter Massenversammlungen, die sich durch den ganzen Sommer des Jahres 1909 hinzogen und vor allem gegen die Mehlverteuerung gerichtet waren. Die Protestbewegung griff schnell auf die entscheidenden

Teile der Monarchie über. In zehn großen Massenkundgebungen protestierte am 15. Juli 1909 das Wiener Proletariat gegen die Teuerung. Ende Juli 1909 erhob das Prager Proletariat in einer glänzenden Kundgebung von über 30.000 Demonstranten stürmischen Protest gegen den Lebensmittelwucher. In den tschechischen Industrieorten wurde nun Polizei gegen demonstrierende Arbeiter eingesetzt.

Als die Regierung das arbeitende Volk im Herbst 1909 mit einer Reihe neuer Verteuerungen überumpelte, verstärkte sich die revolutionäre Gärung. Im Oktober 1909 kam es zur ersten großen Wiener Massendemonstration seit den Wahlrechtskämpfen des Jahres 1907. 70.000 Arbeiter demonstrierten am 17. Oktober auf der Ringstraße und unter dem Eindruck der tiefen Empörung der Massen machte die Regierung einige vorübergehende Zugeständnisse.

In den Demonstrationen und Teuerungskundgebungen des Winters 1909/10 wurden in zunehmendem Maß auch kleinbürgerliche Schichten in die Bewegung einbezogen. Zehntausende Menschen demonstrierten im Dezember 1909 vor dem Parlament, wo bis spät in die Nacht hinein erregte Debatten stattfanden. In wütenden Sprechchören: „Nieder mit dem Brotwucher!“, „Pfui den Volksbetrügern!“ usw., machte sich die Empörung der Demonstranten Luft. Flugblattaktionen, Massenversammlungen und Demonstrationen zogen sich durch das Frühjahr und den Sommer des Jahres 1910 und erreichten im Herbst 1910 einen neuen Höhepunkt.

Unter der Wucht dieser Bewegung sah sich die Regierung neuerdings zu einigen demagogischen Zugeständnissen gezwungen.

[56:] Da sich aber bald herausstellte, daß die Regierung einen Geheimvertrag mit den ungarischen Großgrundbesitzern hatte, der die Einfuhr von billigem Fleisch aus dem Ausland verbot, nahm die Kraft der Massenbewegung weiter zu. Nach einer kurzen Unterbrechung durch die Wahlen von 1911 brach der Sturm nach einer neuerlichen Fleischpreiserhöhung im Herbst 1911 los.

Frauendemonstrationen

Schon während des ganzen Spätsommers 1911 war es auf den Wiener Märkten immer wieder zu spontanen Demonstrationen der Hausfrauen und zu Menschenansammlungen gekommen, die sich mehrmals bedrohlich zuspitzten. Stürmisch drängten die Massen die sozialdemokratische Führung, mit der Politik der leeren Drohungen Schluß zu machen, sich von den demagogischen Manövern der Preistreiberparteien im Parlament nicht länger hinhalten zu lassen und endlich zu handeln. Unter dem Druck dieser Massenstimmung entschloß sich der Parteivorstand schließlich, für den 17. September 1911 eine große Teuerungsdemonstration auf dem Wiener Rathausplatz anzusetzen.

Der 17. September 1911

Das Militär schießt auf die Arbeiter

In überwältigender Zahl strömten am Morgen des 17. September 1911 die Wiener Arbeiter zum Rathausplatz. Nach und nach wuchs die auf 120.000 Menschen an, und von verschiedenen Plätzen aus begannen die sozialdemokratischen Referenten, die eingeteilt worden waren, zu sprechen. Doch kaum hatte die Massenkundgebung begonnen, kam es auch schon zu den ersten Zusammenstößen mit der massenhaft aufgebotenen Polizei, die versuchte, die Demonstranten zu zerstreuen. Noch waren die Arbeiter verhältnismäßig ruhig und wiesen die Provokationen der Polizei entschieden ab. Aber die Regierung war gewillt, diesmal ihre „starke Hand“ unter Beweis zu stellen und ein „Exempel zu statuieren“, um die bedrohte „Ruhe und Ordnung“ der Preistreiber zu festigen. Sie gab den Befehl, das in Alarmbereitschaft gehaltene Militär, Deutschmeister, Dragoner und Ulanen, einzusetzen, um den Rathausplatz und die umliegenden Straßen zu „säubern“. Mit Steinen setzten sich die attackierten Arbeiter zur Wehr, worauf das Militär das Feuer auf die Menge eröffnete. Als die ersten Verwundeten und Toten auf dem Pflaster lagen, riß den Wienern endgültig die Geduld. Von einer unbeschreiblichen Erregung und Verbitterung gepackt, der Schüsse und der geschwungenen Säbel nicht achtend, begannen die Massen einen wütenden und verzweifelten Kampf. Parkbänke wurden im Nu zu Barrikaden aufgetürmt, Straßenbahnwagen und Autos umgeworfen und in Brand gesteckt, Luxusgeschäfte mit besonders aufreizenden Preisbezeichnungen gestürmt und ihr Inhalt auf die Straße geworfen, in ganzen Straßenzügen Auslagen und Fenster zerschlagen. Schreiend liefen die SP-Funktionäre zwischen den wütenden Arbeitern hin

und her, aber sie hatten die Kontrolle über die Bewegung völlig verloren und niemand hörte auf ihre Reden. Ohne klares Ziel vor Augen und ohne wirkliche Führung, machten die Massen nun ihrem monatelang aufgespeicherten Haß gegen die „Ordnung“ der Preistreiberei und des Lohn-[57:]drucks, ihrer tiefen Verbitterung und Empörung- über die jahrelang, an ihnen verübten Betrügereien in blinden Zerstörungsakten und Krawallen Luft, die in einigen Bezirken bis in die späten Abendstunden andauerten.

Trotz der Beschwichtigungsversuche der SP- und Gewerkschaftsführer dauerte es einige Tage, bis die Staatsgewalt in Wien wieder die volle „Ruhe“ der Ausbeutung und „Ordnung“ des Preiswuchers hergestellt hatte und der sofort verhängte Ausnahmezustand wieder aufgehoben werden konnte. Dann setzte eine wüste Hetz- k a m p a g n e der bürgerlichen Presse gegen die Arbeiter und eine schamlose R a c h e j u s t i z gegen die am 17. September Verhafteten ein. Zu den fünf Arbeitern, die das Militär erschossen hatte und zu den vielen Dutzenden, die mehr oder minder schwer verletzt worden waren, kamen mehrere hundert Verurteilungen, hunderte Entlassungen usw.

Die großen Klassenkämpfe des österreichischen Proletariats gegen die Teuerung, insbesondere der 17. September 1911, sind für die österreichische Arbeiterklasse in vieler Hinsicht b e d e u t s a m u n d l e h r r e i c h.

Diese Kämpfe zeigten, wie tief die revolutionäre Gärung war, die vor dem ersten Weltkrieg in den Massen vor sich ging, zeigten, welche großen revolutionären Energien in der österreichischen Arbeiterklasse schlummerten und bilden daher eine ruhmvolle Tradition ihrer Geschichte.

Ohne revolutionäre Führung – kein Erfolg

Die Teuerungskämpfe bewiesen gleichzeitig aber auch, daß die vom Opportunismus zersetzte sozialdemokratische Führung längst nicht mehr gewillt und imstande war, die Massen in den revolutionären Kampf zu führen, sondern sie im entscheidenden Moment im Stich ließ. **Mit einer konsequenten und zielklaren Führung an der Spitze wären der breiten Massenbewegung des September 1911 Erfolge nicht versagt geblieben, ohne revolutionäre, kampfgewillte Führung aber konnte selbst die breiteste Massenbewegung nicht zum Erfolg führen.**

IX. Die Sozialdemokratie der Periode der Vorbereitung des ersten imperialistischen Weltkriegs

Die Vorbereitung des ersten Weltkriegs und die II. Internationale

Der Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium schloß die Periode seiner relativ ruhigen und friedlichen Entwicklung endgültig ab. Es begann das Zeitalter der imperialistischen Krisen und Kriege.

[58:]

Die Vorboten des Weltkrieges

Der erste Weltkrieg ist 1914 keineswegs unverhofft und überraschend hereingebrochen, sondern lag seit mehr als einem Jahrzehnt in der Luft. Schon der russisch-japanische Krieg 1904/05 war ein Vorbote des kommenden Weltkriegs gewesen, die Annexionskrise des Jahres 1908/09 (Anexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn) brachte die Welt bereits nahe an den Rand der Katastrophe, die Situation verschärfte sich 1911 mit dem italienisch-türkischen Krieg, den die Mittelmächte zu einem kriegerischen Überfall gegen Italien auszunützen versuchten und erreichte im Balkankrieg des Jahres 1912 einen Höhepunkt. In all diesen, den nahenden Weltkrieg ankündigenden, schweren internationalen Krisen spielte die abenteuerliche Außenpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie, die mit Hilfe von außenpolitischen „Erfolgen“ ihre inneren Widersprüche zu überbrücken hoffte und in weitgehender Abhängigkeit vom kriegstreiberischen deutschen Imperialismus war, eine maßgebende Rolle. Ähnlich wie die anderen imperialistischen Räuber betrieb Österreich-Ungarn schon seit der Jahrhundertwende eine schrankenlose Aufrüstungspolitik, provozierte seine Nachbarländer und bereitete den Krieg auf allen Gebieten vor.

Die II. Internationale zur Kriegsgefahr

In dieser Situation wurde die Stellungnahme zum Militarismus und zum imperialistischen Krieg das zentrale Problem der internationalen und speziell der österreichischen Arbeiterbewegung. Seit dem Jahre 1900 hatte sich die II. Internationale in einer Reihe von internationalen Kongressen mit diesen Fragen beschäftigt und den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien mehr oder weniger konkrete Aufgaben im Kampf gegen die Kriegsgefahr und den Krieg zugewiesen. Vor allem hatte der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale (1907) eine in ihren entscheidenden Punkten von Lenin und Rosa Luxemburg vorgeschlagene Resolution angenommen, die die Richtlinien des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg festlegte:

„Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

[59:] Mit dieser Aufgabenstellung, die auf den nachfolgenden Kongressen der II. Internationale in Kopenhagen (1910) und in Basel (1912) ausdrücklich bestätigt wurde, war eine brauchbare Generallinie des Kampfes gegen Militarismus und Krieg festgelegt. Einmütig stimmten die Vertreter der verschiedenen Parteien der II. Internationale, darunter auch die Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie, für diesen Beschluß.

Die Aufgabenstellung des Stuttgarter Kongresses wurde 1912 auf dem außerordentlichen Sozialistenkongreß in Basel, der in einer Situation verschärfter Kriegsgefahr (Balkankrieg) tagte, bekräftigt und bezüglich der sozialdemokratischen Parteien in Österreich-Ungarn noch konkretisiert:

„Die sozialistischen Parteien Österreichs, Ungarns, Kroatiens und Slawoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fürderhin dem Plan zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Kriegs zu berauben, es in eine Kolonie Österreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Österreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größte Gefahr zu verstricken. Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß den vom Hause Habsburg beherrschten Teilen des südslawischen Volkes innerhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.“

Auch für diesen, speziell die österreichische Sozialdemokratie betreffenden, wichtigen Beschluß der II. Internationale haben die österreichischen SP-Führer gestimmt und sich feierlich zu seiner Einhaltung verpflichtet.

Die Praxis fast aller Führer der II. Internationale strafte ihre feierlichen Beteuerungen und Versprechungen jedoch Lügen. Innerhalb der II. Internationale bildeten sich so schon vor Beginn des ersten Weltkriegs immer deutlicher drei Strömungen heraus: Die Sozialchauvinisten, die offen und unverhüllt die imperialistischen Kriegsvorbereitungen verteidigten und begrüßten, die Zentristen, die nach außen hin zwischen Rechten und Linken standen, in der Praxis jedoch versuchten, hinter scheinrevolutionären und pazifistischen Phrasen die Politik der rechten Opportunisten zu rechtfertigen, und schließlich die Linken, die dem Marxismus treu geblieben waren und an deren Spitze die Bolschewiki standen. In einer Reihe von Ländern bestanden diese verschiedenen Strömungen nebeneinander auch innerhalb der einzelnen sozialdemokratischen Parteien.

In der österreichischen Sozialdemokratie widerspiegelte sich die Existenz dieser drei Strömungen in der internationalen [60:] Sozialdemokratie nur teilweise. Führend war hier in der Periode der Kriegsvorbereitungen der Mittelmächte eindeutig eine im wesentlichen zentristische Strömung. Daneben, wenn auch vorläufig nicht an führender Stelle, existierte die Strömung des Sozialchauvinismus.

Eine ernstzunehmende Linke gab es innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie jedoch vor dem ersten Weltkrieg noch nicht. Die Opportunisten im österreichischen SP-Vorstand, insbesondere die Zentristen, verstanden es so geschickt, ihrem Opportunismus den Mantel „linker“ Phrasen umzuhängen, daß sich eine wirkliche Linke in Österreich lange Zeit nicht entwickeln konnte.

Der Zentrismus in Österreich

Opportunistische „Proteste“

Der Opportunismus in der österreichischen SP-Führung trat in der Periode der Kriegsvorbereitung vor allem als Zentrismus und Pazifismus in Erscheinung. Die zentristischen SP-Führer, deren maßgeblichster Vertreter Victor Adler selbst war, lehnten die Kriegsvorbereitungen und die Aufrüstung, den Militarismus und die Kriegshetze der Imperialisten formal ab, machten ausgiebigen Gebrauch von demagogischen, antikrieglerischen und pazifistischen Phrasen, erhoben zahllose schwungvolle „Proteste“ gegen die Kriegsrüstungen und Kriegsprovokationen und beluden mit der Verantwortung für deren Folgen „feierlich“ die herrschenden Klassen. Hinter dieser formalen Kriegsgegnerschaft versteckte sich jedoch eine systematische Politik der Ablenkung der Massen vom Kampf gegen den Krieg. Statt der Arbeiterschaft die Größe und Unmittelbarkeit der Kriegsgefahr bewußt zu machen, statt das Geheimnis zu lüften, mit dem die Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen umgeben und damit die Massen zu einer breiten Front des Kampfes gegen den drohenden Krieg zusammenzuschließen, bagatellisierten die Zentristen in demagogischer Weise die Kriegsgefahr, untergruben systematisch den Glauben der Arbeiterschaft an ihre eigene Kraft und erzogen sie zum fatalistischen Abwarten und zur naiven Hoffnung auf die „Vernunft“ und „Einsicht“ der herrschenden Klassen, die vor dem Verbrechen eines Krieges „sicherlich“ zurückschrecken würden.

Bagatellisierung der Kriegsgefahr

Schon die Rede, die Victor Adler 1912 in Basel hielt, ist kennzeichnend für die Hilflosigkeit und Passivität, mit denen der Zentrismus dem drohenden Krieg begegnete:

[61:] „Wir fragen uns: Sind denn die Menschen, sind die Proletarier wirklich heute noch Schafe, daß sie stumm zur Schlachtbank geführt werden können? Eine Antwort auf diese Frage können wir nicht geben ...“

Gleichzeitig redeten die Zentristen den Massen ein, daß die Herrschenden in Wirklichkeit gar keinen Krieg wollten:

„Ich erkläre Ihnen, ich glaube nicht, daß die Stelle, die zu meinem Bedauern in Österreich das Recht hat, allein das Recht hat, den Krieg zu erklären, den Krieg will. Ich glaube das nicht.“ (Victor Adler am 28. November 1912 im Parlament.)

Nach dieser Auffassung kam die Kriegsgefahr, sofern es eine solche überhaupt gab, nicht aus dem räuberischen Wesen des Imperialismus, sondern höchstens aus der „Ungeschicklichkeit“, „Unüberlegtheit“ und „Dummheit“ der Regierenden. Die Aufrüstung Österreichs war nach dieser Ansicht ein leider sehr „kostspieliger Unsinn“, die Mobilisierungsmaßnahmen eine „hirnlose Spielerei“, der Bau von riesenhaften Kriegsschiffen das Ergebnis einer „Modetorheit“, wie die „Arbeiterzeitung“ wortwörtlich schrieb. Aus dieser Einstellung zur Kriegsgefahr und zu den Kriegsvorbereitungen folgte dann auch der Appell an die „Vernunft“, an die „Besonnenheit“ und an das „Gewissen“ der Herrschenden, statt der Appell an die Kraft des Proletariats im Kampf gegen die Kriegsbrandstifter.

Von der Behauptung, die österreichische Regierung wolle den Frieden, war es nicht weit dazu, die Verantwortung für die schließlich nicht mehr zu verheimlichende Kriegsgefahr den Entente-mächten allein zuzuschieben. Damit aber wurde die fieberhafte Aufrüstung der Mittelmächte eine Notwendigkeit im Interesse der „Erhaltung des Friedens“. Schon auf dem Parteitag des Jahres 1907 erklärte Victor Adler:

„Nur ein starkes Österreich wird ... den Gelüsten der verschiedenen Diplomaten weniger ausgesetzt sein. Aber zur Stärke in der Politik gehören nicht allein (!) Bajonette und Kanonen, sondern auch die innere Ordnung im Staate.“

Im Interesse eben dieser „inneren Ordnung im Staate“ hat die Führung der österreichischen Sozialdemokratie schließlich den berüchtigten „Burgfrieden“ mit dem Kapital geschlossen und die Politik der „Ausschaltung des Klassenkampfes“ in der Periode der Kriegsgefahr betrieben, um so die „Abwehrkraft“ Österreichs zu erhöhen und damit angeblich den Frieden zu sichern.

[62:]

Die Anfänge des Sozialchauvinismus

Die Großraumtheorien Renners

Trotzdem in der österreichischen SP-Führung bis unmittelbar vor Kriegsbeginn die zentristisch-pazifistische Strömung vorherrschte, machte sich schon mehrere Jahre vor Kriegsbeginn auch eine sozialchauvinistische Strömung im österreichischen Opportunismus bemerkbar, die zunächst jedoch noch im Hintergrund blieb. Der Führer dieser opportunistischen Richtung war Karl Renner. Die Sozialchauvinisten verbreiteten unverhüllt die Kriegs- und Eroberungsideologie der imperialistischen Mittelmächte, übernahmen deren „Argumente“ und Schlagworte und schmückten sie mit einigen scheinbar fortschrittlichen Redensarten, um sie den Massen der Arbeiter „mundgerecht“ zu machen. In der Situation fieberhafter Vorbereitungen zur kriegerischen Unterjochung fremder Völker und zur räuberischen Annexion fremder Territorien durch die Imperialisten pries Renner zum Beispiel, in seinen Reden und Schriften die Vorteilhaftigkeit und Fortschrittlichkeit von „übernationalen Großräumen“, forderte die Völker auf, auf ihre nationale Souveränität zu verzichten, bezeichnete die nationale Unabhängigkeit als „überholt“ und „veraltet“, den Kampf der unterdrückten Nationalitäten gegen ihre imperialistischen Blutsauger als „reaktionär“.

Der imperialistische Raubkrieg, den die Mittelmächte vorbereiteten, war nach den Behauptungen der Sozialchauvinisten eine „Lokomotive der Entwicklung“, ein „geschichtliches Instrument des Fortschritts“, zu dem man sich nicht „reaktionär“, das heißt ablehnend, sondern „revolutionär“, also zustimmend verhalten sollte.

Der Sozialchauvinismus wird geduldet

Obwohl die breite Masse der sozialdemokratischen Mitglieder und Vertrauensmänner den Sozialchauvinismus energisch ablehnte und die offenen Verfechter der imperialistischen Kriegsideologie innerhalb der Partei immer wieder scharf angegriffen und kritisiert wurden, ließen die zentristischen Führer der Sozialdemokratie diese arbeiterfeindlichen „Theorien“ in der Partei unter dem demagogischen Hinweis auf die innerparteiliche „Demokratie“ als „gleichberechtigt“ zu, stellten ihr die Presse, die Tribüne der Parteitage, Konferenzen und Versammlungen bereitwilligst zur Verfügung. Sie ermöglichten damit den offenen Fürsprechern der imperialistischen Aggression, die Partei systematisch zu desorganisieren und die Voraussetzungen für das offizielle Überschwenken des ganzen Parteivorstandes auf die sozialchauvinistische Linie bei Kriegsausbruch zu schaffen.

[63:]

Die „linke“ Phraseologie des österreichischen Opportunismus

Sowohl der Sozialchauvinismus als auch der Zentrismus traten in Österreich in einer spezifisch österreichischen, austromarxistischen Form in Erscheinung. Beide arbeiteten mit einer scheinrevolutionären, pseudomarxistischen Phraseologie, auf deren Basis sich später eine demagogische „Linke“ als besondere Strömung innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie entwickelte.

„Der Opportunismus“, sagt Stalin, „äußert sich mitunter auch in Versuchen, sich an einzelne, bereits überholte Leitsätze des Marxismus zu klammern, sie in Dogmen zu verwandeln, um dadurch die Weiterentwicklung des Marxismus aufzuhalten, folglich auch die Entwicklung der revolutionären Bewegung des Proletariats aufzuhalten.“

Demagogische Berufungen auf Marx und Engels

Diese Feststellung trifft in besonderem Maß auf den „linken“ Opportunismus in Österreich, auf den Austromarxismus, zu. Um ihre Unterstützung der Kriegspolitik der imperialistischen Mittelmächte

zu rechtfertigen, machten sich die Austromarxisten vor allem die Stellungnahme von Marx und Engels zu den bürgerlich-demokratischen, nationalen Befreiungskriegen in den Fünfziger- und Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts zunutze, die sie schematisch auf den imperialistischen Raubkrieg übertrugen.

Marx und Engels hatten, den Bedingungen der Epoche der aufstrebenden Bourgeoisie entsprechend, alle Fragen der Außenpolitik vom Gesichtspunkt des Kampfes gegen die damals stärksten Kräfte der europäischen Reaktion beurteilt, das heißt vor allem vom Standpunkt des Kampfes gegen den russischen Zarismus und den mit ihm verbündeten französischen Absolutismus. Sie hatten daher innerhalb gewisser Grenzen und für eine gewisse Periode in den von Frankreich und vor allem vom Zarismus geführten Kriegen gegen diese Vorposten der europäischen Kontenevolution Partei genommen und den Krieg gegen sie unterstützt. Unter den Bedingungen der vorimperialistischen Periode, einer unentwickelten Arbeiterbewegung und des Fehlens der Voraussetzungen der proletarischen Revolution, entsprach diese Stellungnahme durchaus den Interessen der Arbeiterklasse im besonderen und der Demokratie im allgemeinen.

Die Opportunisten jedoch, die die Schlußfolgerungen von Marx und Engels auf die völlig geänderten Bedingungen der imperialistischen Periode, auf die Bedingungen der Zeit entwickelter Arbeiterbewegungen, auf die Bedingungen der Epoche, wo der Sturz des Imperialismus und die proletarische Revolution auf der Tagesordnung standen, schematisch übertrugen, verrieten und verfälschten damit den Marxismus, mißbrauchten das Wort des Marxismus gegen dessen Geist, ver-[64:]wandelten den Marxismus aus einer Wissenschaft in ein totes Dogma, das mit dem Marxismus nichts mehr gemein hatte.

Was die Opportunisten vertuschten, waren insbesondere die Tatsachen:

a) In Rußland hatten sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entscheidende Veränderungen vollzogen. Der Zarismus war innerlich geschwächt und erschüttert worden, während sich eine gesunde und starke revolutionäre Bewegung entwickelt hatte, an deren Spitze eine Partei neuen Typus, die Partei der Bolschewiki, marschierte. Rußland war damit nicht mehr das Hauptbollwerk der Reaktion, sondern ging mit der proletarischen Revolution schwanger, bildete das internationale Zentrum der revolutionären Entwicklung.

h) Deutschland, mit dem Österreich-Ungarn verbündet war, befand sich nicht mehr im Stadium des revolutionären Kampfes gegen die feudale Zersplitterung und um die nationale Einigung, sondern war das Mutterland des aggressivsten, beutegierigsten Imperialismus geworden. Das Schwergewicht der revolutionären Entwicklung hatte sich aus Deutschland längst nach Rußland verlagert, und der deutsche Imperialismus und Militarismus bildete nun die reaktionärste und gefährlichste Kraft in Europa.

Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch

Die Argumentation der opportunistischen SP-Führung änderte sich auch nicht in den letzten Wochen unmittelbar vor Kriegsausbruch, als es vollends klar wurde, daß die Regierungen Österreich-Ungarns und Deutschlands den Krieg beginnen wollten.

Das Ultimatum an Serbien

Als das österreichische Ultimatum an Serbien bekannt wurde, das bewußt in einem solchen Ton gehalten war, daß es die serbische Regierung ablehnen mußte, solidarisierte sich die SP-Führung mit dieser frechen Provokation. Der SP-Vorstand unterstützte bedenkenlos die aggressiven Schritte Österreich-Ungarns gegen Serbien. Zum Ultimatum selbst schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ am 23. Juli 1914:

„Wir rufen Europa gleichsam zum Zeugen dafür auf, daß der kleine Nachbar uns nicht Ruhe geben will, uns ohne Unterlaß und in gewissenloser Weise beunruhigt: und indem wir es Europa beweisen, klar und deutlich beweisen, verlangen wir von ihm, daß es unsere Forderungen als notwendig und berechtigt anerkennt und Serbien klarmache, daß sein hinterlistiges Treiben durchschaut sei.“

[65:] Die feierliche Verpflichtung; des Führers der österreichischen Sozialdemokratie auf dem Basler Kongreß, den Kampf gegen die dynastischen Versuche Österreich-Ungarns, Serbien zu annektieren,

zu führen, war vergessen. Der den Krieg provozierende Habsburgerimperialismus war nach der Meinung der SP-Führung „im Recht und befugt“, Serbien die Pistole anzusetzen, und die große Monarchie war mit einemmal ein von dem kleinen Serbien „bedrohtes“ Land, das sich seiner Haut wehren mußte.

Kein organisierter Kampf gegen die Kriegsgefahr

Weder während der Annexionskrise noch während des Balkankriegs noch nach der österreichischen Kriegsprovokation gegen Serbien hat die Führung der österreichischen Sozialdemokratie die Massen in den Kampf gegen den drohenden Krieg geführt, Demonstrationen, Streiks oder dergleichen gegen den Krieg organisiert. Es ist ihre historische Schuld, daß es faktisch keinen breiten Kampf gegen den imperialistischen Weltkrieg gab und die imperialistische Monarchie ihr Kriegsabenteuer ohne wesentliche Schwierigkeiten im Hinterland beginnen konnte.

X. Der Beginn des ersten imperialistischen Weltkriegs

Das Geschwür des Opportunismus bricht auf

Nach einer provokatorischen Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien brach am 28. Juli 1914 der erste imperialistische Weltkrieg tatsächlich aus. Damit begann für die internationale wie für die österreichische Arbeiterbewegung eine schwierige und ernste Zeit, die höchste Anforderungen an ihre Reife und Entwicklung stellte. Der erste imperialistische Weltkrieg war die große historische Bewährungsprobe der sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern.

Nur die Bolschewiki stehen zu ihrem Wort

Die von allen Parteien der II. Internationale in Stuttgart und Basel einmütig gefaßten Beschlüsse wurden nur von den Bolschewiki wirklich eingehalten. Die Bolschewiki konkretisierten die von der II. Internationale beschlossenen allgemeinen Richtlinien, indem sie sofort nach Kriegsausbruch die Losung der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ ausgaben und der imperialistischen Losung der „Vaterlandsverteidigung“ die Losung der „Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Kriege“ gegenüberstellten. Das war der revolutionäre, der marxistische Standpunkt in der Periode des imperialistischen Krieges. Das war der einzig richtige, revolutionäre Weg, der nicht nur für die besonderen Verhältnisse der russischen Arbeiterbewegung, sondern – wie Lenin nachwies – für die Arbeiterklasse aller kriegführenden Länder seine Gültigkeit hatte.

Der Zusammenbruch der II. Internationale

Die Parteien der II. Internationale haben diesen Weg nicht beschritten. Von der Bourgeoisie korrumpiert und vom Opportunismus zersetzt, liefen die Führungen der Parteien der II. Internationale bei Kriegsausbruch mit fliegenden Fahnen offen in das Lager „ihrer“ imperialistischen Bourgeoisie über, schalteten sich ungehemmt in das chauvinistische Kriegsgeschrei der Bourgeoisie ein und verrieten bedenkenlos alle die „feierlichen“ und „heiligen“ Erklärungen und Versprechungen, die sie noch nicht lange zuvor abgegeben hatten.

Mit Ausbruch des imperialistischen Krieges platzte – wie Lenin sagte – das seit langem wuchernde Geschwür des Opportunismus vollends auf, der Opportunismus nahm in allen Parteien der II. Internationale das abstoßende Gesicht des Sozialchauvinismus an. **Vor den Augen der Millionenmassen der Werktätigen aller Länder brach die II. Internationale schmählich zusammen**, verwandelte sie sich nach den Worten Rosa Luxemburgs – in einen „stinkenden Leichnam“.

Die Schwenkung zum Sozialchauvinismus in Österreich

Der Verrat der SP-Führung

Obwohl die SP-Führung in Österreich nicht wie in den anderen Ländern in die Lage kam, offen für die Kriegskredite zu stimmen, weil die herrschenden Klassen das Parlament hier aus Angst vor dem Volk schon vor Kriegsbeginn auseinandergejagt hatten, war die Rolle der austromarxistischen Führung genauso erbärmlich und verräterisch wie die der anderen opportunistischen Parteiführungen. Wie

in den anderen Ländern trat auch in Österreich mit Kriegsausbruch die zentristisch-pazifistische Form des Opportunismus in den Hintergrund, und die Führung der Partei wechselte unmittelbar zum hemmungslosen Sozialchauvinismus über.

Das buchstäblich über Nacht erfolgte Überschwenken der österreichischen SP-Führung vom Zentrismus und Pazifismus zur sozialchauvinistischen Kriegsbegeisterung bei Kriegsbeginn war ein erschütternder Anschauungsunterricht für zehntausende ehrlicher [67:] sozialdemokratischer Mitglieder und Vertrauensmänner über den engen Zusammenhang von Zentrismus und Sozialchauvinismus. Zutiefst enttäuscht und entmutigt durch den Verrat der sozialdemokratischen Parteiführer, deren demagogischen Reden gegen Krieg und Militarismus sie bis zuletzt geglaubt hatten, verließen in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch viele tausende Arbeiter die sozialdemokratischen Organisationen und zogen sich resigniert von der politischen Arbeit zurück. Völlig verwirrt und desorganisiert durch den Verrat der Parteiführung, war die österreichische Arbeiterklasse lange Zeit nicht imstande, dem imperialistischen Krieg in irgendeiner Form Widerstand zu leisten.

„Der Tag der deutschen Nation“

Ein Musterbeispiel für den chauvinistischen Kriegstaukel, der die SP-Führung in den ersten Tagen des Krieges erfaßt hatte, ist der Artikel „Der Tag der deutschen Nation“, den Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, am 5. August 1914 anlässlich der Zustimmung der deutschen SP-Abgeordneten zu den imperialistischen Kriegskrediten schrieb:

„Diesen Tag des vierten August werden wir nicht vergessen. „Wie immer die eisernen Würfel fallen mögen und mit der heißesten Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, daß sie siegreich fallen werden für die heilige Sache des deutschen Volkes; das Bild, das heute der Deutsche Reichstag, die Vertretung der Nation, bot, wird sich unauslöschlich einprägen in das Bewußtsein der gesamten deutschen Menschheit, wird in der Geschichte als ein Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes verzeichnet werden ... Nie hat eine Partei größer und erhebender gehandelt als die deutsche Sozialdemokratie. Und so zieht das deutsche Volk einig in den Kampf um die Bewahrung seines staatlichen und nationalen Daseins. Auf der anderen Seite elende Spekulationen, Schacherkoalitionen, denen jede sittliche Idee fehlt. Hier ein kraftvoll bewegtes Volk. Die Weltgeschichte müßte den Lauf rückwärts nehmen, wenn den Deutschen nicht ihr Recht würde.“

Antizaristisch getarnte Kriegshetze

Besonders in ihrer chauvinistischen Kriegshetze gegen Rußland zeigten die opportunistischen SP-Führer ihr wahres Gesicht als Helfershelfer des habsburgischen Imperialismus. Wie früher benützten sie dabei antizaristische Schlagworte, um ihren Verrat an der Arbeiterbewegung zu bemänteln: „Befreiung vom moskowitzischen Joche!“ forderte zum Beispiel am 11. August 1914 ein chauvinistischer Kriegsartikel der „Arbeiter-Zeitung“. Ähnlich schrieb sie am 30. August 1914:

„Die Moskowiter Raub- und Beutegier muß zurückgeschlagen werden, damit endlich Europas Völker von dem Alp, der ihre friedliche kulturelle Entwicklung hemmt, befreit werden und. Raum gewinnen für die Arbeit. die das Geschlecht der Menschen aufwärts und vorwärts führt ins lichte Reich der Freiheit und Gerechtigkeit. Den Todfeind unserer Kultur gilt es zu schlagen und niederzuwerfen! Oh, daß die Entscheidung reife und daß sie käme, die aus der Tiefe unserer Seele wir alle ersehnen!“

[68:] Renner, der sich von jeher auf eine besonders zynische Demagogie verstand, hatte später die Kühnheit, zu behaupten, diese chauvinistische Kriegsbegeisterung der Austromarxisten habe den Zarismus geschwächt und dadurch die russische Revolution erleichtert. Aber schon im Oktober 1914 hat das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki in einer Resolution festgestellt:

„Die deutsche und österreichische Sozialdemokratie versucht, ihre Unterstützung des Krieges damit zu begründen, daß sie damit den russischen Zarismus bekämpft ... Das russische Proletariat ist vor keinem Opfer zurückgeschreckt, um die Menschheit von der Schande des Zarismus zu befreien. Aber wir müssen sagen, daß, wenn irgend etwas unter bestimmten Bedingungen die Zerstörung des Zarismus verzögern kann, wenn irgend etwas dem Zarismus im Kampf gegen die ganze russische Demokratie helfen kann, dann ist es der gegenwärtige Krieg ... Und wenn irgend etwas den revolutionären Kampf des russischen

Proletariats gegen den Zarismus hindern kann, dann ist es das Verhalten der Führer der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie, das von der chauvinistischen russischen Presse uns immer als Beispiel vorgehalten wird.“

Die Verherrlichung des Habsburgerimperialismus

Um ihre verräterische Haltung zu „begründen“, gingen die österreichischen Opportunisten zu einer immer zynischeren Verherrlichung und Beschönigung des Imperialismus der Mittelmächte über. Sowohl die wilhelminische als auch die habsburgische Diktatur war nach den „Theorien“ der SP-Führer eine „friedliche“, auf dem Wege zu einer „höheren sozialen Ordnung“ befindliche Gesellschaftsform, sie belobten beide Imperialismen als Träger des „sozialen Fortschritts“ und der „höheren Kultur“ gegenüber den „rückständigen“ anderen Völkern. Während der Kriegsabsolutismus der schwarz-gelben Diktatur im Lande wütete, entdeckten die Sozialchauvinisten des SP-Vorstands und insbesondere Renner, der an ihrer Spitze stand, immer deutlichere „Züge des Sozialismus“ an ihm. Die durch den Krieg beschleunigte Monopolisierung fand in den Reden der SP-Führer und in den Spalten der SP-Presse als ein Anfang der „Planwirtschaft“ begeistertes Kommentar, die durch den Krieg im Interesse der Imperialisten selbst notwendigen staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft – das war laut Renner und Konsorten bereits die dem „Sozialismus“ vorangehende „Durchstaatlichung“ der Wirtschaft, und die Einführung der Lebensmittelpässe war überhaupt schon Sozialismus in Reinkultur.

Renners „Kriegssozialismus“

Der Sozialchauvinismus, der unmittelbar nach Kriegsausbruch zur vorherrschenden Strömung in der opportunistischen SP-Führung geworden war, entwickelte auch seine alten „Großraumtheorien“ entsprechend den Eroberungsabsichten und Gelüsten des [69:] deutschen und österreichischen Imperialismus weiter. Noch offener als vor Beginn des Krieges propagierte Renner in seinen Artikeln die „Theorie“ von der kommenden europäischen „Internationale“ unter deutschem Kommando, erklärte er alle nationalen Grenzen als überholt und hinfällig und verkündete die Aussicht auf ein friedliches und glückliches Leben aller Völker, wenn diese unter deutscher Vorherrschaft stünden.

Der „gemäßigte“ Sozialchauvinismus in Österreich

Der Sozialchauvinismus der österreichischen SP-Führung trat nicht nur in dieser zynischen, brutalen Form auf, sondern kam auch in etwas „gemäßigteren“ Formen in Erscheinung, in denen sich gewisse Züge des Zentrismus erhalten hatten. Neben den Renner und Konsorten gab es im Parteivorstand auch Mitglieder, die sich zu einem mehr versteckten, durch kummervolle Seufzer „gemilderten“ Chauvinismus bekannten. In den entscheidenden Fragen jedoch, in ihren Schlußfolgerungen, kamen diese „gemäßigten“ Sozialchauvinisten in allen Punkten zum selben Ergebnis wie die Renner und Konsorten.

Das Vaterland ist bedroht

Wie die Renner, Leuthner, Pernerstorfer usw. waren auch Victor Adler und seine engeren Freunde im Parteivorstand für die Unterstützung des Habsburgerstaates im Krieg. Gegen den Krieg aufzutreten sei nun schon vergeblich und unmöglich, erklärten sie den Arbeitern, aber für ihn einzutreten, ihn zu unterstützen, sei möglich und notwendig. Das „Furchtbare“ sei nun einmal geschehen, nun müsse man das „bedrohte Vaterland“ verteidigen und sich ins Unvermeidliche fügen. Im Frieden gelte zwar der proletarische Internationalismus, seien die „hehren“ Grundsätze der internationalen „Völkerverbrüderung“ für jeden Sozialdemokraten verbindlich, im Krieg jedoch gehe es leider nur zwei Übel: entweder die „Schrecken einer Niederlage“ auf sich zu nehmen oder für Habsburg bis zum Endsieg zu kämpfen, entweder den Klassenbruder aus dem „Feindesland“ totzuschießen oder von ihm totgeschossen zu werden. Das kleinere dieser Übel müsse die Sozialdemokratie eben wählen, und das sei der Sieg der Habsburgermonarchie und der Tod der Russen und Franzosen.

„Ich weiß, man muß dafür stimmen“, sagte Victor Adler am 8. Oktober 1914 zur Frage der Kriegskredite, „ich weiß nur nicht, wie ich es über die Lippen bringe, aber es muß sein ... Es gibt nur eines, was noch schlimmer ist als der Krieg, das ist die Niederlage.“ Und später: „Ein unbegreiflicher Deutscher, [70:] der anders

gehandelt hätte. Ein unbegreiflicher Sozialdemokrat, der es getan hatte ohne schneidenden Schmerz, ohne schweren Kampf mit sich selbst, mit seinem ganzen Fühlen.“

Die praktische Mithilfe des Opportunismus am imperialistischen Raubkrieg

Abwürgung aller gewerkschaftlichen Kampfhandlungen

Zur uneingeschränkten ideologischen Mithilfe an dem vom Habsburgerimperialismus vom Zaun gebrochenen Weltkrieg kam auch eine weitgehende praktische Mithilfe der opportunistischen SP-Führung am imperialistischen Raubkrieg. Während die Bolschewiki die Schwierigkeiten, die der Krieg für den Zarismus mit sich brachte, zu einem Hebel seines Sturzes machten, beeilten sich die opportunistischen SP-Führer, dem habsburgischen Imperialismus über diese Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Sofort nach Kriegsbeginn erwürgten sie, so gut sie konnten, alle sozialen und politischen Kampfbewegungen des Proletariats, beschworen es, dem „bedrohten Vaterland“ doch nicht durch Lohnforderungen usw. „in den Rücken zu fallen“ und agitierten unter den Massen für die strikte Ausführung aller Befehle der schwarz-gelben Militärdespotie.

„Die genaueste Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der behördlichen Verfügungen ist dringendst zu empfehlen“, heißt es im Aufruf der sozialdemokratischen Gewerkschaftskommission zu Kriegsbeginn. Und weiter: „Bezüglich der Lohnbewegungen glauben wir unsere Ansicht dahin aussprechen zu müssen, daß die gegenwärtige Zeit für solche am allerungünstigsten ist und deshalb die Einleitung und Fortführung von solchen möglichst unterlassen werden soll.“

Erhöhte Antreiberei im Interesse des Kriegs

Gleichzeitig bemühten sich die opportunistischen SP- und Gewerkschaftsführer, die Arbeiter zu erhöhten Arbeitsleistungen anzutreiben. Eine auf dem „Arbeitertag“ vom November 1916 vorgeschlagene Resolution brüstet sich zum Beispiel mit der Antreibertätigkeit der opportunistischen Gewerkschaftsführung im Interesse des Krieges:

„Die Gewerkschaften und ihre Vertrauensmänner haben während der ganzen schweren Zeit des Krieges die Notwendigkeit höherer Arbeitsleistung betont, ungerechtfertigte Beschwerden (der Arbeiter!) abgewiesen und zahlreiche Konflikte gelöst!“

Die österreichischen Imperialisten haben dieses zweifelhafte Verdienst der opportunistischen SP-Führung neidlos anerkannt. Sie haben dieselben SP-Redakteure und -Abgeordneten, die ihre Mitglieder statt in den Kampf zum Sturz des Imperialismus in den imperialistischen Krieg schickten, fürsorglich vom Kriegs-[71:]dienst befreit, sie haben ihnen die Ausübung ihrer „Pflicht“ im Hinterland wohlwollend ermöglicht und sogar eine gewisse „linke“ Demagogie erlaubt, wenn es gegen Rußland, England oder Frankreich ging.

Erst nach dem Jahr 1916, als es auch für die opportunistischen Führer des Parteivorstandes immer offener wurde, daß der habsburgische Imperialismus im Krieg den kürzeren ziehen werde und alle die hochfliegenden imperialistischen Pläne von der Beherrschung Europas oder gar der Welt zerrannen, kühlte sich die Kriegsbegeisterung der Opportunisten ab und es begann ein neuer Abschnitt in der Taktik des österreichischen Opportunismus.

XI. Der Kampf gegen den Opportunismus

Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie nach der Jahrhundertwende war keineswegs nur eine Geschichte des Opportunismus, sondern auch die Geschichte vieler zehntausender ehrlicher und hingebungsvoller, aus ganzem Herzen den Sozialismus erstrebender Arbeiter; eine Geschichte der unermüdlichen Kleinarbeit tausender sozialdemokratischer Vertrauensmänner und Funktionäre, deren aufopfernde Tätigkeit dem Kampf um den Sozialismus vermeint war und ihm trotz der fortschreitenden opportunistischen Entartung der Führer innerhalb gewisser Grenzen auch tatsächlich nützte.

Wenn die österreichische Sozialdemokratie auch nach der Jahrhundertwende noch gewisse Verdienste um die Arbeiterbewegung erlangen konnte, noch verschiedene Reformen durchsetzte, manche Kämpfe führte und eine gute Organisationsarbeit leistete, so ist das der bewunderungswürdigen Arbeit dieser

Masse rastloser, ehrlicher sozialdemokratischer Aktivisten zu verdanken, deren Namen in keinem Geschichtsbuch aufscheinen.

Der Widerstand gegen die opportunistische Politik

Es gibt zahllose Beispiele, die zeigen, wie aus den Massen der Arbeiterschaft und der Mitglieder der Sozialdemokratie heraus, getragen von einem urwüchsigen, gesunden Klassenbewußtsein, der Widerstand gegen die opportunistische Politik des Parteivorstandes immer wieder zum Durchbruch kam und diesen oft zu einem zeitweiligen Zurückweichen und zu verstärkter „linker“ Demagogie zwang.

Besonders der immer offener auftretende deutsche Nationalismus [72:] führender Mitglieder des Parteivorstandes fand bei den Massen der Aktivisten und Vertrauensmänner der Partei energische Ablehnung,

Wie tief der proletarische Internationalismus in der österreichischen Arbeiterschaft verwurzelt war, zeigt sich zum Beispiel in einer Reihe breiter internationaler Solidaritätsbewegungen, unter denen vor allem die Solidaritätsaktionen mit den streikenden Brüner Textilarbeitern um die Jahrhundertwende, die Solidaritätsbewegung anlässlich des Matrosenstreiks in Triest im Jahre 1904, die breiten Solidaritätskundgebungen für die kämpfende russische, belgische, schwedische, deutsche Arbeiterschaft usw. hervorrangen. Dieser praktische Internationalismus der Massen stand in unversöhnlichem Gegensatz zu dem nationalistischen Kurs der SP-Führung und war ein bedeutendes Hemmnis seiner Ausbreitung. Seit Mitte der Neunzigerjahre gab es kaum einen Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, auf dem nicht verschiedene Delegierte aus den Organisationen über die großdeutschen Nationalisten im Parteivorstand, insbesondere über Pernerstorfer und andere, loszogen. Schon 1897, anlässlich der bedenklichen Haltung des Parteivorstandes zur Badenischen Sprachenverordnung und der nationalen Aufgliederung der Partei auf dem Wimberger Parteitag, gab es ernste Kritiken gegen die nationalistische Politik maßgebender Parteivorstandsmitglieder. Von Jahr zu Jahr verschärfte sich diese Kritik.

Auch gegen die parlamentarische Versumpfung der Partei gab es von Jahr zu Jahr anwachsende Widerstände in der Parteimitgliederschaft. Der Vorschlag, auf das allgemeine Wahlrecht zu verzichten und an seiner Stelle bloß ein erweitertes Kurienwahlrecht zu fordern, hatte 1900 einen richtigen Proteststurm der Delegierten auf dem Parteitag ausgelöst, und einer der Delegierten prangerte diesen Vorschlag unter der Zustimmung des Parteitags scharf als den Versuch an, die Prinzipien der Partei gegen ein paar Abgeordnetensitze zu verkaufen. Es gibt kaum einen Bericht über die Arbeit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, der wegen seiner Lauheit innerhalb der Partei nicht kritisiert wurde.

Ebenso wurde die Programmänderung auf dem Wiener Parteitag von der Masse der SP-Mitglieder mit großem Mißtrauen aufgenommen, und nur die geschickte Demagogie des Parteivorstandes verhinderte eine offene Opposition. Unter den nicht dem Parteivorstand angehörenden Diskussionsrednern gab es keinen einzigen, der die reformistische Programmänderung gutgeheißen oder unterstützt hätte.

Das Fehlen einer organisierten Linken

Diese und zahllose andere Beispiele beweisen, daß es der österreichischen Arbeiterschaft nicht an kämpferischem Geist fehlte. **Aber die entscheidende Schwäche der österreichischen Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg lag darin, daß es ihr nicht gelang, auf der Basis dieser breiten revolutionären Stimmung der Massen eine ernstzunehmende, organisierte Linke zu schaffen, die der opportunistischen Politik des SP-Vorstandes Widerstand hätte leisten können.**

Unter den bekannteren Funktionären der österreichischen Sozialdemokratie fand sich – mit Ausnahme Leopold Winarskys und Karl Kreibichs – kaum einer, der eine ernste linke Opposition gegen den politischen Kurs der SP-Führung betrieb und eine Zusammenfassung der linken Kräfte in der Partei versucht hätte.

[73:]

Leopold Winarsky

Leopold Winarsky war der politische Führer der sozialdemokratischen Jugendorganisation, die einige hundert Mitglieder zählte und seit 1903 bestand. In ihr begannen sich in den Jahren unmittelbar vor 1914 gewisse Ansätze einer linken Opposition gegen die opportunistische Parteivorstandspolitik zu entwickeln. Leider starb Winarsky schon im Jahre 1915 als Opfer des imperialistischen Krieges, bevor er sich noch als Führer einer linken Opposition in Österreich hatte bewähren können.

Karl Kreibich war der bedeutendste Vertreter der sogenannten „Reichenberger Linken“, die sich am Vorabend des ersten Weltkriegs, ebenfalls auf die sozialdemokratische Jugend gestützt, im tschechischen Industriegebiet um Reichenberg herausbildete. Kreibich wurde später einer der Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Neben Winarsky und Kreibich einerseits und den opportunistischen Spitzenfunktionären der österreichischen Sozialdemokratie andererseits gab es freilich auch eine Reihe von volksverbundenen sozialdemokratischen Arbeiterführern, die – selbst aus der Arbeiterklasse kommend – manche Verdienste um die Arbeiterbewegung erwarben und unter den Massen der Arbeiter größte Popularität genossen. Hier sind vor allem Schumeyer zu nennen, der 1911 von dem Christlichsozialen Kunschak (dem Bruder des späteren Nationalratspräsidenten) ermordet wurde, ferner Hueber, Sever, Pölzer und andere volksverbundene Führer der alten Sozialdemokratie. Aber man kann alle diese Arbeiterfunktionäre – ungeachtet ihrer Popularität und der Verdienste, die sie sich auf gewissen Gebieten für die Arbeiterbewegung errangen – nicht als Linke bezeichnen. Ohne jemals wirklich wissenschaftliche Klarheit über ihre Aufgabe als Arbeiterfunktionäre zu erlangen, ohne die für den Arbeiterfunktionär unentbehrliche konsequente Erziehung und Schulung im Geiste des Marxismus, versanken sie meist immer tiefer im Praktizismus und gaben damit den opportunistischen Intellektuellen, die den Parteivorstand faktisch beherrschten, die Möglichkeit, sie als populäre Aushängeschilder zu mißbrauchen.

Ursachen des langen Fehlens einer organisierten Linken

Die Gründe für das lange Fehlen einer organisierten Linken in der österreichischen Sozialdemokratie, trotz der unter den Massen herrschenden revolutionären Stimmung, liegen vor allem in der großen Geschicklichkeit und Demagogie des Austromarxismus, der es immer wieder verstand, eine linke Opposition bald mit Hilfe scheinrevolutionärer Manöver, bald mit geschäftsordnungsmäßigen Tricks, teils mit Witzen und teils mit Hilfe der großen Autorität einiger SP-Führer zu ersticken.

[74:] Ein bedeutsames Beispiel für diese Kunst des Austromarxismus ist das Schlagwort von der „Einheit der Partei“, mit dessen Hilfe es die SP-Führung schon vor 1914 verstand, der oppositionellen Kritik am Kurs der Parteiführung die Spitze abzubrechen und organisatorische Konsequenzen aus dieser Kritik zu verhindern. Wenn Lenin über die ganze II. Internationale schrieb: „Wir konstatieren als unbestreitbar erwiesene Tatsache, daß die Arbeiter der meisten Länder Europas durch die fiktive Einheit von Opportunisten und Revolutionären betrogen worden sind“. So trifft das mit besonderer Schärfe auf die österreichische Arbeiterbewegung zu.

Auch das Auftreten einer scheinlinken, intellektuellen „Opposition“ gegen den SP-Vorstand unter Führung Friedrich Adlers, des Sohnes von Victor Adler, hat die Herausbildung einer ehrlichen Linken in Österreich während des Weltkriegs sehr erschwert. Die Tatsache, daß Friedrich Adler 1916 den reaktionären österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh erschossen hatte, – eine Tat, die, wie Lenin schon damals feststellte, nur ein Ausdruck der Verzweiflung Friedrich Adlers, seines tiefen Unglaubens an die Möglichkeit der Entfaltung eines wirklichen Massenwiderstands gegen den Krieg war –, hob das Ansehen Friedrich Adlers in den Augen der noch unklaren linken Vertrauensleute und Funktionäre der Sozialdemokratie gewaltig und erleichterte ihm, die radikalisierten Arbeiter mit pseudorevolutionären Schlagworten bei der Stange einer verräterischen Parteiführung zu halten. Erst nach 1917 löste sich aus der Gruppe um Friedrich Adler eine ehrliche linksradikale Gruppe los, die zu ernsteren Schritten gegen die verräterische Politik des Parteivorstandes überging.

Erst im Jännerstreik des Jahres 1918, der durch die Nachricht vom Sieg der Oktoberrevolution in Rußland ausgelöst und von der sozialdemokratischen Parteiführung abgewürgt wurde, und in den letzten Monaten des Krieges wuchs unter den fortgeschrittensten österreichischen Arbeitern die Erkenntnis, daß es keine Einheit zwischen Marxisten und Antimarxisten, zwischen Revolutionären und Opportunisten geben kann. Erst in dieser Periode entstand auch in Österreich eine organisierte Linke.

*

Die Gründung der KPÖ

Die Jahre von 1914 bis 1918 enthüllten eindeutig den verbrecherischen Charakter des Imperialismus und zerschlugen die reformistischen Illusionen über dessen „friedliche“ und wohltätige Aufwärtsentwicklung. Die teuer erkauften Erfahrungen des imperialistischen Krieges enthüllten aber auch das wahre Gesicht des Opportunismus als einer Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Angespornt durch das große Beispiel der russischen Arbeiter, an deren Spitze die Partei Lenins und Stalins³ marschierte, zogen die fortgeschrittensten Elemente in der österreichischen Arbeiterbewegung die Konsequenzen aus dem Verrat der opportunistischen SP-Führung. Am 3. November 1918 wurde in Wien die [75:] Kommunistische Partei Österreichs gegründet, eine Partei von neuem Partei Typus nach dem Vorbild der siegreichen Bolschewiki.

Damit begann eine neue Periode in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. **Die Gründung der KPÖ bedeutete den Übergang zum organisierten, zielklaren und konsequenten Kampf gegen den Opportunismus, den Beginn der Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus auf einer neuen, höheren Stufe, den ersten großen Schritt zu einem neuen Hainfeld des österreichischen Proletariats.**

³ Stalin stand *nicht* an der Spitze der bolschewistischen Partei, sondern Trotzki. *KWF*

[76:]

Literaturangabe

Zum Kapitel II:

60 Jahre Hainfeld. „Weg und Ziel“, 1948, Nr. 12, Seite 867.

Zum Kapitel III:

Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. (Stern-Verlag.)

Der Neunkirchner Generalstreik 1896. „Weg und Ziel“, 1950 Nr. 7/8, Seite 553.

Zum Kapitel IV:

Lenin: Marxismus und Revisionismus. Ausgew. Werke in 2 Bänden, Bd. I, Seite 73.

Lenin: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale. Ausgew. Werke in 2 Bänden, Bd. I, Seite 755.

Der Nährboden des österreichischen Opportunismus. „Weg und Ziel“, 1948, Nr. 4, Seite 289.

Zum Kapitel V:

Stalin: Marxismus und nationale Frage. (Stern-Verlag.)

Der großdeutsche Gedanke und die österreichische Arbeiterschaft. „Weg und Ziel“, 1946, Nr. 3, Seite 129.

Die Badeni-Krawalle 1897, „Weg und Ziel“, 1947, Nr. 12, Seite 860.

Das Brünner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie. „Weg und Ziel“, 1949, Nr. 4, Seite 283.

Zum Kapitel VI:

Die Revision des Hainfelder Programms. „Weg und Ziel“, 1949, Nr. 3, Seite 214.

Die Spontaneität in der österreichischen Arbeiterbewegung. „Weg und Ziel“, 1952, Nr. 3, Seite 200.

Zum Kapitel VII:

Die Revolution von 1905 und die österreichische Arbeiterbewegung. „Weg und Ziel“, 1952, Nr. 2, Seite 120.

Zu den Kapiteln I bis X:

Zur Geschichte der „Arbeiter-Zeitung“ I. „Weg und Ziel“, 1950, Nr. 5, Seite 346,